

Posener Tageblatt

Seidenstoffe

Größte Auswahl!
Konkurrenzpreise!
J. Rosenkranz
Poznań, St. Rynek 62

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 8 Rm. einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illust. Beilage 0,40 zł

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge unvollständiger Manuskripte. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6275, 6106. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 212822 (Concordia Sp. Akc., Drukarz i Wydawnictwo, Poznań), in Deutschland: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań.

Verlangen Sie

bitte meine illustr. Preisliste f. Samen, Obstbäume, Rosen usw. gratis.

Fr. Gartmann,
POZNAŃ, W. Garbary 21.

70. Jahrgang

Freitag, 13. Februar 1931

Nr. 35

Heute:

Politik:

Leitartikel: Gedanken zu Fürst Bülow's Erinnerungen.
Die Lage im Reichstag.
Rede des Finanzministers Matuszewski.
Englands Finanzen.
Aussenpolitische Aussprache in Warschau.

Aus aller Welt:

Von den Auslandsfranzosen.
Energie aus Sonnenlicht.
Die Deutschen im Auslande.

Aus Stadt und Land:

Wichtige Verordnungen für alle Gemeinden.
Die Posener Wojewodschaft.

Feuilleton:

Deutscher Sängergau Posen.

Handel:

Die Zukunft des Getreide-Weltmarkts.

Das gefährliche Deutschland Außenpolitische Aussprache in Warschau Reden gegen den Volksbund

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 12. Februar.

Gestern wurde im auswärtigen Ausschuss des Senats die Aussprache über das Exposé Jaleski fortgesetzt. Senator Kulski von der Piastpartei schrieb die von Polen in Genf erlittene Niederlage der Innenpolitik der gegenwärtigen Regierung zu. Dann kritisierte der Redner die Politik der Westmächte gegenüber Deutschland. Senator Dabki von den Sozialisten stellte an den Minister die Frage, ob die polnische Regierung den Vatikan ersucht hätte auf das katholische Zentrum in Deutschland einzuwirken, da die Zentrumsvertreter gegen die Grenzen des polnischen Staates austräten. Weiter ersuchte er den Minister, Aufklärung zu geben über das verbreitete Gerücht, wonach Marschall Pilsudski die Absicht habe, sich über eine gemeinsame Aktion gegen Sowjetrußland zu verständigen, wozu auch Deutschland durch polnische Zugeständnisse gewonnen werden soll. Dabki ist der Meinung, daß derartige Gerüchte dem Staate großen Schaden zufügen müßten.

Senator Pawlica vom Regierungsbund gab eine Antwort auf die Rede des deutschen Senators D. Pant und besprach dabei lang und breit die, wie er sich ausdrückte, aggressive Tätigkeit der deutschen Organisationen in Polen, wobei er besonders des ober-schlesischen Volksbundes gedachte. Dann vergah er einige Tränen über die angelische Knebelung der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien.

Die Haushaltsberatungen im Sejm

Warschau, 12. Februar.

Der Sejm hat gestern die Haushaltsdebatten erledigt und den Staatshaushalt in zweiter Lesung verabschiedet. Die Abstimmungen konnten natürlich nicht überraschen. Wie vorausgesehen war, sind die verschiedenen, von der Opposition eingebrachten Anträge regelmäßig von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden. Nur der Vorschlag der Bauernpartei, wonach im Finanzgesetz die Regierung ermächtigt wird, eine 15%ige Kürzung der Beamtengehälter zu verfügen, ist auch vom Regierungsbund unterstützt und somit angenommen worden.

Die Budgetziffern stellen sich folgendermaßen dar: Einnahmen 2 857 711 474 zł, Ausgaben 2 856 999 797 zł. Dies ergibt also einen rechnerischen Ueberschuß von 711 677 zł.

Nach Erledigung des Budgets in zweiter Lesung beschäftigte sich der Sejm mit dem Gesetzesentwurf über die 10%igen Steuerzuschläge. Die Regierung hat diese Steuerzuschläge aus dem Finanzgesetz abgetrennt und zu einem eigenen Gesetz gemacht. Das Resultat der Abstimmung war von vornherein bekannt. Alle Anträge über Verringerung der Regierungsvorschläge sind abgelehnt worden. Heute soll das Gesetz vom Senat erledigt werden.

Die nächste Sejmung findet am Freitag statt und wird der dritten Lesung des Budgets gewidmet sein. Da natürlich die Abstimmungen keine Ueberraschungen mehr bringen werden, so muß damit gerechnet werden, daß das Budget in der gegenwärtigen Fassung noch in dieser Woche dem Senat vorgelegt werden wird.

Der stumme Prozeß Befängnisstrafen

Warschau, 12. Februar.

Gestern fiel das Urteil in dem sog. stummen Prozeß gegen die Sozialisten, die des Verfalls von Umstürzen am 14. September v. J. angeklagt worden sind. Da die Anträge der Verteidigung, den Vorsitzenden Neumann durch einen anderen Richter zu ersetzen, abgelehnt wurde, hatte ja die Verteidigung den Saal verlassen. Auch die Angeklagten übten von diesem Augenblick an passive Resistenz und baten, in den Arrest zurückgebracht zu werden. Sie weigerten sich irgendwelche Aussagen zu machen. Dem Vorsitzenden Neumann wurde deshalb von der Verteidigung die Zuständigkeit abgesprochen, weil er schon vor einigen Monaten zum Departementsdirektor im Justizministerium ernannt worden wäre. Er sei daher Beamter und nicht unabhängiger Richter. Trotzdem hat aber das Gericht diesen Antrag abgewiesen.

Als gestern die Angeklagten aufgefordert wurden, das sog. letzte Wort zu sprechen, erklärten alle, nichts auszusagen zu wollen, und der Angeklagte Rogucki sagte, daß er im Vorsitzenden Jędrzejewski nicht den Vertreter der Gerechtigkeit, sondern den der Macht erblicke, weshalb er der Auffassung sei, daß alle Aufklärungen zwecklos wären.

Das Gericht hat dann drei Angeklagte zu vier, zwei zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten, darunter der ehemalige Abg. Dzięgielewski, sind freigesprochen worden. Das Verfahren gegen die bekannte polnische Sozialistin Dr. Budziszewska-Pawlica, die infolge der Aufregungen des Prozesses erkrankt ist, ist abgetrennt worden und wird später zur Verhandlung gelangen.

Snowden über Englands Finanzen

Kein Mißtrauensvotum für Macdonald

London, 12. Februar. (R.) Die gestrige Rede des englischen Finanzministers Snowden im Parlament hat in politischen Kreisen der englischen Hauptstadt großes Aufsehen erregt. Von den Mitgliedern aller Parteien wurde nach dieser Rede, in der Snowden auf den Ernst der finanziellen Lage hinwies, erklärt, daß diese Ministerrede nachhaltigen Einfluß haben müsse auf das weitere Schicksal der Regierung Macdonald. Die Stimmung des linken Flügels der Arbeiterpartei wird als gereizt bezeichnet. Mitglieder des linken Flügels der Arbeiterpartei sollen erklärt haben, wenn der Finanzminister Snowden etwa eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung plane, so solle lieber die Regierung möglichst schnell das Feld räumen. In der englischen Presse wird allgemein die Ehrlichkeit anerkannt, mit der Snowden gestern die Finanzlage Englands geschildert habe. Ein englisches Blatt will wissen, daß infolge der ungünstigen Finanzlage die englischen Ministergehälter um mindestens 10 Prozent gekürzt und daß auch die Bezüge der Parlamentsmitglieder verringert werden müßten.

Ueber die Aussprache im englischen Abgeordnetenhaus wird noch berichtet, daß der englische Handelsminister kurz vor der entscheidenden Abstimmung in die Debatte eingriff. Der Minister erklärte, die englische Regierung erkenne an, daß Mißbrauch mit der Arbeitslosenversicherung getrieben worden sei, und daß hier Abhilfe geschaffen werden müsse. Trotzdem bleibe aber die Verpflichtung der Regierung bestehen, für die unerschuldeten arbeitslos gewordenen zu sorgen. Die Produktionskosten müßten so gestaltet werden, daß England auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig würde. Zu der Abstimmung wurde dann der konservative Mißtrauensantrag mit 310 gegen 235 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wurde dagegen der liberale Abänderungsantrag, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fordert, um die Finanzpolitik der Regierung zu prüfen. Für diesen Antrag stimmten 465 Abgeordnete, dagegen 21, nämlich der linksradikale Flügel der regierenden Arbeiterpartei.

Gedanken zu Fürst Bülow's Erinnerungen

Es ist eine natürliche und menschliche Erscheinung: je näher ein Beurteiler der Zeitgeschichte den Ereignissen noch steht, desto mehr ist in der Regel das Wertungsbedürfnis von den Ereignissen hinweg auf die Persönlichkeit hingelenkt, die im Mittelpunkt der Ereignisse gestanden haben und ganz oder teilweise die Verantwortung für sie tragen. Das ist um so mehr der Fall, wenn der Beurteiler selbst auf verantwortungsvollem Posten gestanden hat, wie es bei dem ehemaligen Reichkanzler Fürst Bülow der Fall war. Es ist umgekehrt ebenso begreiflich, daß sich das Urteil über die jetzt veröffentlichten Erinnerungen Bülow's nicht nur aus einer ähnlichen oder abweichenden Stellungnahme zu den dargestellten Ereignissen herleitet, sondern auch der Wertung der Persönlichkeit des Kanzlers entspringt, dessen Bild und Charakter sich in den Erinnerungen in einer bisher nicht erkennbaren Weise widerspiegelt. Vielleicht liegt der Hauptwert der Bülow'schen Erinnerungen darin, daß sie eine wichtige psychologische Erkenntnisquelle über Charakter und Handlungen eines großen Staatsmannes darstellen, dem in schwerer ereignisreicher Zeit die Verantwortung um das Schicksal eines 65-Millionen-Volkes in die Hand gegeben war. Denn die wichtigsten und umfangreichsten Erkenntnisquellen über die Geschichte der Zeit von 1870 bis zum Ausbruch des Krieges im August 1914 dürften die amtlichen Aktenveröffentlichungen bleiben, denen bereits wertvolle Ergänzungen bzw. Vorläufer in der Memoiren-Literatur der ersten Nachkriegsjahre zur Seite stehen. Und diese Memoiren haben vor den Bülow'schen Erinnerungen immerhin noch den Vorzug, auch wenn ihr Anlaß vielfach das Bedürfnis nach persönlicher Rechtfertigung gegenüber Angriffen gewesen ist, daß sie nicht so einseitig und fast schematisch Licht und Schatten, Schuld und Rechtfertigung verteilen, wie es Bülow ganz unzweideutig tut, um seine Person in ein recht günstiges Licht zu rücken.

Die Bewertung der Bülow'schen Erinnerungen von der historischen Seite her muß sich heute noch mit einzelnen Andeutungen und Hinweisen begnügen. Aber schon sie allein lassen erkennen, daß die Rechtfertigung der Bülow'schen Politik und die ab sprechenden Urteile des ehemaligen Kanzlers über den Kaiser, auf den so mancherlei Einflüsse und Umstände eingewirkt haben, und seinen Nachfolger, den Kanzler Bethmann-Hollweg, auf sehr schwachen Füßen stehen. Bülow hat sicher kein leichtes Erbe übernommen. Es hätte schon eine fast geniale staatsmännische Leistung dazu gehört, die unter seinen beiden Vorgängern richtungslos gewordene, fast nur vom Ansehen des ersten Kanzlers lebende deutsche Politik wieder in die Ordnung und Richtung zu bringen, die sie unter Bismarck erhalten hatte und das Reich aus der drohenden diplomatischen Umklammerung seiner späteren Gegner wieder zu sicherer Bewegungsfreiheit zurückzuführen. Aber wer mag es Bülow glauben, daß er das Unglück des Weltkrieges verhindert hätte, wenn nicht der Kaiser gewesen und Bethmann das Reich von der „großen und gefährdeten Stellung“, in der er es angeblich hinterlassen habe, wieder herabgeführt hätte. Bethmann-Hollwegs Urteil, daß sich Deutschland bereits im Jahre 1909 in einer menschlichem Ermessen nach kaum noch zu durchbrechenden Umklammerung befunden habe, wird schwerlich noch zu erschüttern sein, sicher aber nicht durch die wenig überzeugenden und herabsetzenden Äußerungen

Der Bod wird in die Wüste geschickt

Die „Polka Zachodnia“ kein offizielles Blatt

Das hauptamtliche Regierungsnachrichten-Büro „Pat“ bringt die überraschende Meldung, daß die „Polka Zachodnia“ kein offizielles oder offizielles Organ ist. Eine ähnliche Erklärung soll seitens der schlesischen Wojewodschaft erfolgt sein, die durch Rundschreiben den zuständigen Stellen übermittelt wurde.

Offenbar hat man endlich an leitender Stelle die große Gefahr erkannt, welche in der systematischen Verheerung des schlesischen Volkes und in der parteiischen Irreführung der nationalen Instinkte liegt. Für diese Gefahr und Wühlarbeit ist in erster Linie der zugewanderte redaktor naczelny Kumanin verantwortlich. Die Ober-schlesier haben sich schon vom ersten Tage an für die Tätigkeit dieses Lichtes aus dem fernen Osten und seiner kleinen geistigen Kometen bedankt. Das Blättchen bezeichnete sich jedoch immer wieder selbstherrlich als das Organ des schlesischen Wojewoden. Mit diesem „Druck“ wurden nicht nur die politischen Belange, sondern in erster Linie geschäftliche Interessen wahrgenommen, insbesondere die Einziehung von Inzeratenaufträgen. Nunmehr scheint auch den leitenden Herren der schlesischen Wojewodschaft die unkluge und kurzfristige Hezerei dieses Wühlorgans zu bedenklich geworden zu sein. Das merkt man an dem deutlichen Abwärtigen der maßgebenden Kreise im Regierungslager. Nachdem dieser politische Druck von der hiesigen Bevölkerung und insbesondere von unserer Geschäftswelt genommen ist, wird das famose Blättchen auch in seiner äußeren Gestalt das werden, was es seinem „Niveau“ nach schon lange ist, nämlich ein Vereinsblättchen extrem chauvinistischer Kreise und Hezer.

Die Stimmung in Spanien

Madrid, 12. Februar. (R.) In der spanischen Hauptstadt war gestern das Militär in Alarmbereitschaft. Nur höhere Offiziere durften die Kasernen verlassen. Die Maßnahmen wurden getroffen im Hinblick auf verschiedene republikanische Versammlungen. Zu einem Zwischenfall kam es in einem großen Madrider Kaffee. Dort fanden sich zahlreiche Eisenbahner und Werkstättenarbeiter ein, als die Musik dieses Kaffees durch Rundfunk übertragen wurde. Plötzlich sprang ein Mann auf das Podium und forderte vor dem Mikrophon 2 Minuten Schweigen zu Ehren eines bei den letzten Unruhen erschossenen Hauptmanns, den er als Märtyrer der Revolution bezeichnete. Sämtliche Anwesenden erhoben sich von den Sigen. Als die 2 Minuten vorüber waren, brachte die Menge Schreie auf die Revolution aus. Bald darauf drang Polizei in das Lokal und nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Wie weiter aus Madrid berichtet wird, veröffentlicht die spanische Regierung eine Erklärung, daß sie an den Wahlen festhalte trotz der angelegentlichsten Wahlenthaltungen. Die Regierung werde für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und für die Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes sorgen.

Dr. Curtius bleibt Die Lage im Reichstag Abgelehnter Mißtrauensantrag — Die Nationalsozialisten

(Telegr. unjener Berliner Redaktion)

P. R. Berlin, 12. Februar.

Zu der geistigen Sitzung des Reichstages wurde mit großer Mehrheit der Übergang zur Tagesordnung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister beschlossen. Ueber den Mißtrauensantrag der Landvolkpartei gegen den Außenminister wurde abgestimmt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Landvolkpartei und der Christlich-Sozialen bei Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei und der Volksnationalen mit 255 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag hat, da drei Abgeordnete der Landvolkpartei mit den Nationalsozialisten auszogen, während die Partei beschloß, im Reichstag zu bleiben, eine Spaltung in der Landvolkpartei zur Folge gehabt. Die Partei hat gestern die Forderung aus dem Verhalten ihrer Mitglieder Dr. Wendhausen, von Sybel und Sieber gezogen, indem sie diese Abgeordneten aus der Partei ausschloß. Bei mindestens zwei der Abgeordneten wird mit Sicherheit angenommen, daß sie zu den Nationalsozialisten übergehen. Die Deutschnationalen haben in ihrer geistigen Sitzung beschlossen, vorerst den Reichstagsfraktionen weiter fern zu bleiben, wobei sie sich vorbehalten, an den einzelnen Ausschüssen teilzunehmen, je nachdem sich die Regierungsmehrheit verhalten werde. Die Nationalsozialisten haben ebenfalls in den Ausschüssen, in denen sie den Vorsitz führen, ihre Vertreter nicht abberufen, da bekanntlich die Vorsitzenden der Ausschüsse einen großen Einfluß auf die Tätigkeit des Reichstages ausüben können und sie mit der Beibehaltung der Vorsitzenden eine weitere Möglichkeit der Störung der Reichstagsarbeit in der Hand behalten wollen. Der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr ist noch in den Wandelgängen des Reichstages zu sehen. Er hat augenscheinlich den Auftrag der Partei, darüber zu wachen, was andere Parteien im Reichstage vorhaben.

Die Landesverbände Berlins der Deutschnationalen Partei berufen auf Veranlassung der Reichstagsfraktion eine Kundgebung in der Philharmonie ein, die zur Lösung den „Rechtsbruch der Regierungsmehrheit“ hat.

Groteske Lage

P. R. Berlin, 11. Februar.

Der Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen aus dem Reichstag hat eine groteske Lage geschaffen. Die Nationalsozialisten haben auch ihre Vertreter aus den Ausschüssen zurückgezogen. Die Deutschnationalen sind zu einer Beratung zusammengetreten, von der das „Achtuhr-Abendblatt“ zu berichten weiß, daß ihre Rückkehr in den Reichstag beschlossen worden ist. Von Rechtsstreifen wird diese Nachricht aber bestritten. Die deutschnationalen Presse stellt fest, daß nach dem Auszug der nationalen Opposition bei den Parteien der Mitte und der Sozialdemokratie eine gewisse Unsicherheit zu beobachten sei. Es ist tatsächlich zu erwarten, daß die Nationalsozialisten nun die Offensive, die sie nicht mehr im Reichstag durchführen können, auf die Straße und in das Land tragen. Die maßgebenden Kreise rechnen damit, daß in der nächsten Zeit eine verstärkte Aktivität der Nationalsozialisten auf

Deutscher Sängergau Posen

Hauptversammlung am 8. Februar in der Grabenloge

Auch die deutschen Gesangsvereine in dem ehemals preussischen Teilgebiet der Republik Polen haben den notwendigen, ihren Lebenszweck stiftlich sichernden Zusammenschluß vollzogen und stellen gegenwärtig einen musikalischen und darüber hinaus kulturellen Machtfaktor dar, über den gleichgültig hinwegzuströmen als eine völlige Verkennung der Tatsache zu bezeichnen wäre. In dem „Sängerbund Posen-Pommerellen“ haben sich zur Zeit 43 Vereine mit insgesamt 1060 singenden Mitgliedern die sich verbindende Hand gereicht, eine innerlich verbundene Interessengemeinschaft demnach, deren Bedeutung für das Gesamtdeutschtum nicht mehr zu verneinen ist. Die Spitzenorganisation „Bund“ ist untergegliedert in zwei Gauen „Posen und Pommerellen“, denen die nachstehende Aufgabe zufällt, die einzelnen sängerischen Vereinigungen in einem Richtung gebenden Punkt zu konzentrieren. Das läßt sich natürlich nicht vom grünen Tisch aus diktieren, sondern muß in dem Austausch gegenseitiger Meinungen als Zielmittel äußerlich zum Ausdruck kommen. In diesem Gesichtswinkel bewegten sich daher auch die Aussprachen, welche sich im Verlauf der Hauptversammlung des „Deutschen Sängergaus Posen“ ergaben, und die am Sonntag, dem 8. Februar, mittags 1/2 12 Uhr in der Grabenloge ihren Anfang nahmen.

Der „Deutsche Sängergau Posen“ umfaßt augenblicklich 16 Männer- und gemischte Chöre, denen 370 aktiv sich gesanglich betätigende Mitglieder angehören. Das Zahlenverhältnis könnte größer sein, wenn noch abseits stehende Sängerguppen — ihre Zahl ist durchaus nicht mit der Bezeichnung „ausnahmsweise“ richtig erfasst — ihre Isolierung verlassen und den eigentlich selbstverständlichen Anschluß an das Ganze nachsuchen und finden würden. Die Sache löste doch wirklich keine Gewissensüberwindungen. Nach einem schönen Gesangsvortrag des

„Straßen und Plätzen zu erwarten ist, insbesondere in Berlin und in den großen Provinzstädten. Severing und Erzseinsti sollen aber, der Feststellung der Linkspreisen zufolge, entschlossen sein, ernstlich einzuschreiten. Noch besteht in Berlin das Demonstrationsverbot, und die Regierung werde alle Machtmittel des Staates staatsfeindlichen Aktionen gegenüber rücksichtslos anzuwenden.

Die Nationalsozialisten sind fast vollständig in ihre Wahlkreise gefahren und werden dort in den nächsten Tagen und Wochen eine außerordentlich umfassende und intensive Propaganda veranstalten. Nationalsozialisten und Kommunisten haben fast gleichzeitig für kommenden Sonntag **Berjammlungen im Lustgarten** angedündigt. Trotzdem die formalen Bedingungen für die Zulassung dieser Berjammlungen erfüllt worden sind, will man unter der Begründung den beiden Berjammlungen die Genehmigung verweigern, daß ein gleichzeitiges Aufmarschieren der Nationalsozialisten und Kommunisten auf einem Platz die Ordnung und Sicherheit des Staates gefährde.

Die der Regierung freundlich geneigte Presse stellt fest, daß weder der Reichstagsmehrheit noch der Reichsregierung sich wegen der nationalsozialistischen Drohung ein Gefühl der Nervosität bemächtigt hat. Im Gegenteil, man stelle nunmehr mit Erleichterung fest, daß Ruhe herrsche und der Reichstag ungestört arbeiten kann. In Regierungskreisen wird das Gerücht, daß die nationale Opposition in Weimar ein Kumpfpapier etablieren wolle, als unglaubwürdig bezeichnet. Dies würde als flagranter Hochverrat betrachtet und binnen einer Stunde durch die Machtmittel des Reiches beseitigt und geahndet werden. Immerhin ist auch aus diesen Feststellungen, die einer Beruhigung der Bevölkerung dienen sollen, zu ersehen, daß die innenpolitische Lage sich durch die Annahme der neuen Geschäftsordnung im Reichstag nicht entspannt hat, wenn es sich auch zeigte, daß sogar die Deutschnationalen sich vorläufig nicht entschließen können, der nationalsozialistischen Parole zu folgen.

Die Regierung ist entschlossen, ihren Erfolg im Reichstag auszunutzen und energisch durchzugreifen, falls die Nationalsozialisten zu Mitteln greifen sollten, die dem deutschen Kredit im Ausland schaden könnten. Der Auktentat des Reichstages hat heute vormittag beschlossen, am Donnerstag die **Neuwahl des Vizepräsidenten** und zweier Schriftführer vorzunehmen, die durch die Amtsniederlegung der Nationalsozialisten notwendig geworden ist. Aus dem Lande, insbesondere aus München, werden **Berhaftungen nationalsozialistischer Führer gemeldet**. Wie jedoch die „Nachtausgabe“ zu berichten weiß, ist eine der Münchener Berhaftungen bereits rückgängig gemacht worden. Da die Regierung überdies die Aufhebung der Immunität zum schärfen Vorgehen gegen einzelne nationalsozialistische Abgeordnete benutzen dürfte, so ist kaum damit zu rechnen, daß die Lage sich sehr bald entspannt. Die Taktik der Nationalsozialisten wird jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach darauf hinauslaufen, ein Volksbegehren zur Auflösung des Reichstages zu propagieren. Trotzdem diese Propaganda nicht sehr bedeutende Ergebnisse zeitigen kann, darf sie doch nicht bagatelisiert werden, da sie vor allem eine Vorbereitung des künftigen Wahllampes bedeutet. Auch das demonstrative Verlassen des Reichstages kann nur so aufgefaßt werden, daß die Nationalsozialisten sich damit eine wirksame Plattform für die nächsten Reichstagswahlen schaffen wollten.

Es wäre aber sicherlich falsch, anzunehmen, daß die Offensive der Nationalsozialisten die Regierung unerwartet trifft. Schon ihr energisches Vorgehen gegenüber Demonstranten in der letzten Zeit, vor allem aber das feste Zupacken der grundsätzlichen innenpolitischen Pro-

bleme im Reichstag hat bewiesen, daß Brünning, getücht durch die Mittelparteien, entschlossen ist, den entscheidenden Austrag mit den radikalsten Oppositionsparteien aufzunehmen. Bei der Beurteilung der Chancen beider Seiten ist daher zu berücksichtigen, daß der Augenblick des Austrages von den Regierungsparteien und nicht von den Nationalsozialisten gewählt worden ist. Was naturgemäß der ersten Seite schon ein gewisses Uebergewicht sichert. Es wird deshalb kaum erwartet werden können, daß die Nationalsozialisten in absehbarer Zeit sonderliche Erfolge erringen. Im Gegenteil ist wohl zu erwarten, daß die Regierung, nachdem sie ihnen den ersten Schlag im Reichstag versetzt hat, nun eine Reihe weiterer Schläge gegen sie vorbereitet, da der Aktion Brünning, wie die innenpolitischen und außenpolitischen Maßnahmen der Regierung schon seit einiger Zeit gezeigt haben, ein gut durchdachter Aktionsplan zugrunde liegt.

Die italienisch-französischen Seerüstungen

Paris, 11. Februar. (R.) Ueber die französischen und italienischen Seerüstungen haben neue Besprechungen gestern in Paris begonnen. Der Marineministerpräsident des englischen Auswärtigen Amtes ist zu diesem Zweck in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Dieser Sachverständige war der besondere Ratgeber des englischen Ministerpräsidenten Macdonald auf der Londoner Flottenkonferenz und hat seither in Paris und in Rom über die Einschränkung der Seerüstungen verhandelt. Ein französisches Blatt erklärt, der englische Sachverständige solle der französischen Regierung den Wunsch Macdonalds übermitteln, daß die französisch-italienischen Verhandlungen über die Flottenfrage möglichst bald wieder aufgenommen werden möchten. England bemühe sich, einen neuen Rüstungswettbewerb zwischen Italien und Frankreich zu verhindern.

Neue Regierung in Estland

Reval, 12. Februar. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die Zusammenjierung der neuen Regierung folgende sein: Staatsminister: Konstantin Baets (Landwirtschaftspartei); Außenminister: Jean Toeniffon (Volkspartei); Innen- und Justizminister: Huenerion (Landwirtschaft); Wehrminister: Kerem (Volkspartei); Landwirtschaftsminister: Zuermann (Landwirtschaft); Wirtschaftsminister: Pung (Wirtschaftsgruppe); Verkehrsminister: Dinas (Soz.). Das Portefeuille für Unterricht und Fürsorge soll den Sozialdemokraten vorbehalten bleiben. Die neue bürgerlich-sozialistische Koalition hat im Parlament 61 von 100 Mandaten hinter sich. Sie wird sich am Donnerstag dem Parlament vorstellen.

Attentat in Wien

Auf den Legationssekretär der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien, Zajický Horlín, den Chef des Nachrichtenwesens, ist heute vormittag ein Revolveranschlag verübt worden.

Bei dem Beamten erschien ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger zu einer Besprechung. Im Verlauf der Aussprache, die keine Zeugen hatte, zog der Besucher einen Revolver und gab mehrere Schüsse ab. Der Legationssekretär stürzte mit einem Kopfschuß schwer verwundet nieder.

Der Attentäter ist ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger namens Jekka, von Beruf Kaufmann. Jekka gilt als Quervuln und soll auch schon in Irrenanstalten interniert gewesen sein. Er wurde verhaftet.

Der bekannte indische Philosoph Krišna-murti, der im Laufe der letzten Monate in Deutschland, Frankreich, Italien, Schmeiz, Griechenland und Jugoslawien Vorträge gehalten hat, soll im April d. J. auch nach Warschau kommen.

wohl noch nie sich ereignet hat: Im Stadion wird ein Riesenchor von 140 000 Sängern gleichzeitig zu Worte kommen. Rühriger Eifer innerhalb der einzelnen Gauvereine wird nach Kräften dafür bestrebt sein, möglichst vielen ihrer Mitglieder die Teilnahme an dieser einzigartigen Kundgebung zu gestatten. So lautete der Wunsch der Gauleitung. An diesen mehr geschäftlichen Teil der Tagesordnung schloß sich ein Vortrag des Konzertmeisters B. Ehrenberg über „Gesangsmethodisches beim Chorjungen“. Die Ausführungen enthielten manche brauchbaren Fingerzeige insonderheit für solche Sänger, die keine Gelegenheit hatten, sich mit den technischen Details eines ordnungsgemäßen Stimmgebrauchs näher vertraut zu machen. Gerichtet waren sie wohl vorwiegend an die Leiter kleiner Chöre, die leider von wenigen Ausnahmen abgesehen durch Abwesenheit glänzten.

Als Abschluß der Tagung sollte ein Stehfilm vorgeführt werden. Die gute Absicht war vorhanden, der Versuch mißglückte jedoch an untauglichen Objekt. Die versprochenen technischen Vorbedingungen waren nicht zur Stelle, so konnte es nur bei Andeutungen bleiben. Trotzdem dürften die einzelnen Sänger in der „Provinz“ damit rechnen, daß durch die Darbietung derartiger „Gästfilme“ eine angenehme und anregende Abwechslung in ihr Vereinsleben gebracht werden wird. Einige sich anschließende Plauderstunden mit den Posener Gaubrüdern wird die auswärtigen Sänger davon überzeugt haben, daß ihr Herkommen für beide Teile von Nutzen gemessen ist. In diesem Sinne schloß auch der Vorsitzende die Sitzung. A. L.

Kunst, Wissenschaft, Literatur

Von „Krišna-murti Hand-Verlag“, dem bekannten, nachschlagebuch für alle, erscheint soeben, 18 Monate nach der erstmaligen Ausgabe der neubearbeiteten 10. Auflage, das 200. Tausend dieser Neubearbeitung, das 300. Tausend der Gesamtauflage.

Bülow über den „Bet- und Unglücks-mann“. Es genügt schon, darauf hinzuweisen, mit welchen Bündnisabschlüssen die deutsche Diplomatie bereits im Jahre 1909 als mit fertigen Tatsachen zu rechnen hatte: England-Japan 1902, England-Frankreich 1904, England-Rußland 1907, Frankreich-Japan 1907, Rußland-Japan 1907, Frankreich-Italien 1902, England-Italien 1902, Rußland-Italien 1909, Frankreich-Spanien 1904.

Den Durchbruch durch dieses in sich doppelt und dreifach verklammerte Allianzsystem hat Bülow kaum versucht. Seine These: niemanden reizen, sich aber auch von niemandem auf die Füße treten lassen, ist wohl kaum geeignet, dem schweren Vorwurf gegen Bethmann Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Zahlreiche Einzelheiten bestätigen den Eindruck, daß die Bülowische Politik kaum etwas von der weitgespannten Aktivität und dem immerwährenden, zielbewußten Suchen im diplomatischen Ringen, wie es bei Bismarck festzustellen ist, aufzuweisen hat. Schon menschlich gesehen, hebt sich die Persönlichkeit Bülows von der Gestalt Bismarcks deutlich ab. In welchen erhebenden Formen spielt sich nicht das Verhältnis Bismarcks zu Wilhelm I. ab. Was ist davon in den Äußerungen Bülows über Wilhelm II. geblieben? Dieser Unterschied bleibt auch dann noch bestehen, wenn man die harmonische Gestalt des greisen Kaisers der oft leicht und schnell beeinflussbaren Persönlichkeit seines Enkels gegenüber hält. Zwei Persönlichkeiten von der Art des Kaisers und Bülows haben einander keinen festen Rückhalt gegeben, sondern sich nur gegenseitig zu dieser oder jener Maßnahme im einzelnen ihrem Temperament entsprechend überreden und beeinflussen können. Mit Recht wird man in Zweifel ziehen können, ob Bülow wirklich folgerichtig den Kurs auf die Bismarckschen Ziele hingesteuert hat. Für Bismarck war es eine Selbstverständlichkeit, auf dem Berliner Kongreß vom Jahre 1878 als „ehrwürdiger Makler“ zwischen den widerstreitenden Interessen der Mächte zu vermitteln. Das Reich war im Aufstieg, und die Notwendigkeit, zwischen Rußland oder England zu optieren, lag damals nicht in dem Maße wie später im Bereich der diplomatischen Verhandlungen. Aber dem Kaiser beständig den Gedanken eines „arbitrator mundi“ nahelegen, nachdem das Reich außenpolitisch bereits völlig in die Defensive gedrängt war, das wird niemand dem Fürsten Bülow als eine staatsmännische Leistung anrechnen.

Vom Kaiser ist bekannt, daß er eine Zeitlang das Gegenteil von dem wollte, was Bülow ihm mit der These von der Politik des Nichtreizens stets nahelegte. Denn schon zur Zeit der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen hat der Kaiser in richtiger Erkenntnis der Lage des Reiches und der politischen Kräfteverhältnisse dem Botschafter in London erklärt, daß er „nicht dauernd zwischen England und Rußland hin und her schwanken könne, da er sich sonst schließlich zwischen zwei Stühlen setzen werde“. Nachher hat er sich doch von Bülow anders überzeugen lassen. Bülows Handeln und seine Erinnerungen bestärken den Eindruck, daß die Rückkehr zur Bismarckschen Politik zwar sein ständiger Wunsch gewesen ist, daß er aber nicht die Einsicht in die Zusammenhänge der auf der Gegenseite bereits vollzogenen Zusammenfassung der Kräfte besaß und wohl auch nicht über die Fähigkeit verfügte, die es ihm gestattet hätte, sich der notwendigen Mittel und Wege nachdrücklich zu bedienen. Er hätte sich schon nach dem Scheitern der deutsch-russischen Bündnisverhandlungen in den Jahren 1904 und 1905 bei der offenkundigen Freundschaft der beiden Monarchen nicht mit der wenig staatsmännischen Denker verrätenden Feststellung beruhigt, daß die Verhandlungen an einer persönlichen Verstimmung des russischen Außenministers gescheitert seien. — Das viel-farbige Licht, das die Erinnerungen Bülows auf das erste Jahrzehnt der deutschen Politik dieses Jahrhunderts werfen, gibt sicher zahlreiche wertvolle Aufschlüsse, die der Geschichtsforschung Hinweise geben, aber das Urteil über die Politik des Fürsten Bülow wird nicht allein auf Grund seiner eigenen Äußerungen gefällt werden.

Weniger Arbeitslage

Der Verkehrsminister hat eine Reduktion der Arbeitslage in den Eisenbahnwerkstätten angeordnet. Reduziert wird ein Tag in der Woche, und zwar der Sonnabend. Der Reduktion unterliegen nicht die Eisenbahnwerkstätten in Warschau und Brzyskow. In Bromberg, Polen, Kattowiz und Lemberg wird jeden zweiten Sonnabend die Arbeit unterbrochen.

Wichtige Verordnungen für alle Gemeinden der Posener Wojewodschaft

Wir widmeten bereits zwei längere Artikel der Neuordnung der Meldepflicht in der Stadt Posen (Nummern vom 30. Januar und vom 10. Februar des Jahres).

Wir bringen untenstehend die wörtlichen Uebersetzungen zweier Verordnungen des Posener Wojewoden, von denen die eine die Nummerierung der Wohnungen und Häuser, die andere die Neuordnung der Meldepflicht betrifft.

Beide Verordnungen beziehen sich auf die gesamte Wojewodschaft Posen. Sie sind deshalb der Aufmerksamkeit aller Bewohner unserer Wojewodschaft dringend zu empfehlen.

1. Nummerierung der Wohnungen und Häuser

Auf Grund der Vorschriften des § 27, Punkt 8 der Verordnung des Innenministers vom 16. 10. 1930 über das Meldewesen und die Seelenlisten (Dz. U. R. P. Nr. 84, Pof. 653) verordne ich folgendes:

§ 1. Die Vorstände aller Stadt- sowie Landgemeinden sowie die Gutsvorsteher haben die Nummerierung aller in ihrem Gebiet liegenden Wohnhäuser einzuführen bzw. die bestehende Nummerierung zu ergänzen.

§ 2. Jedes Haus muß mit der richtigen laufenden Ordnungsnummer in der Form eines vom Eigentümer auf seine Kosten am Eingang an der Außenseite in sichtbar und dauerhafter Weise angebrachten Tafelchens versehen sein.

Dieselbe Vorschrift bezieht sich desgleichen auf solche Gebäude, die nur zeitweilig bewohnt werden.

Aleine Posener Chronik

Einschränkung im Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahndirektion Posen gibt bekannt, daß vom 15. Februar ab bis auf Widerruf wegen zu schwacher Benützung folgende Personenzüge eingestellt werden: Auf der Strecke Posen-Lissa Zug Nr. 721, der von Posen 0,15 Uhr abfährt und in Lissa 1,56 Uhr eintrifft; Zug Nr. 730, Abfahrt Lissa 2,10 Uhr, Ankunft Posen 0,52 Uhr; auf der Strecke Krotoschin-Pepowo Zug Nr. 1143, Abfahrt Krotoschin 13,50, Ankunft Pepowo 14,27 Uhr, Zug Nr. 1144, Abfahrt Pepowo 14,40 Uhr, Ankunft Krotoschin 15,18 Uhr; auf der Strecke Zanowicz-Schöffen Zug Nr. 2843, Abfahrt Zanowicz 11,49, Ankunft Schöffen 12,35 Uhr, Zug Nr. 2854, Abfahrt Schöffen 14,30, Ankunft Zanowicz 16,04.

em. Zusammenstoß. Heute morgen 8,20 Uhr ereignete sich Görna Wilda, Cae Schweizerstraße, ein Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn Nr. 4 mit einem städtischen Gemüllabfuhrwagen. Die Straßenbahn fuhr in rasendem Tempo die Görna Wilda entlang und war nicht imstande, vor dem Wagen, der die Schweizerstraße hinunterfuhr, zu bremsen. Sämtliche Scheiben der Straßenbahn wurden zertrümmert, die Passagiere kamen mit leichten Schnittwunden davon. Die Schuld scheint den Führer der Straßenbahn zu treffen, der in zu raschem Tempo gefahren ist.

em. Banditen. Der Bote des Hofseinkaufs-Gewerkschaftsvereins Kolodziejczak hob eine größere Summe von der Postsparkasse ab. Als er in den Hausflur des Geschäftslokals M. Marciniakowskiego 3 ging, wurde er plötzlich von zwei unbekannt Personen überfallen, die ihm die Geldtasche zu entreißen suchten. Auf den von Kolodziejczak geschlagenen Alarm hin wurden die Banditen festgenommen. Es sind dies zwei bekannte Marschauer Taschendiebe, David Milecki und Wojtek Srebrnik.

Diebe als Kunden. In das Instrumentengeschäft der Firma Kozłowski, Breslauer Straße 26, kam ein Ehepaar, um Grammophonplatten zu kaufen. Nach langem Hin- und Herfragen gefielen die Stücke nicht, und sie entfernten sich. Nach einer Weile bemerkte die Geschäftsinhaberin Kozłowska den Verlust einer Handtasche mit Dokumenten und 200 Zloty Bargeld. — Gestern mittag ging ein Pferd mit Wagen durch, welches vom Wilhelmshaus die Richtung Allee Marciniakowskiego einschlug. Durch den Sturz des Pferdes, das sich verlor, ist ein größeres Unglück verhütet worden. Das Gespann gehörte dem Kleischer Stanislaus Kowalski, Ritterstraße 11 a. Der Besitzer fiel vom Wagen, kam aber mit kleinen Hautabstürzungen davon.

Die täglichen Einbrüche und Diebstähle. In das Zigarrengeschäft des J. Komornicki, ul. Pocztowa, brachen Diebe ein und entwendeten einen größeren Vorrat Zigarren, Zigaretten, Etuis und Tabakpfeifen. — Aus einem in der St. Martinsstraße stehenden Auto, das einem Josef Chojnacki gehörte, entwendeten Diebe einen Chauffeurpelz.

Gerberdamm-Banditen festgenommen.

em. Wie wir schon berichteten, wurde auf die Gastwirtin Marie Marczyska und das Dienstmädchen Władysława Kozłowna in der Nähe des Gerberdamms kürzlich ein Raubüberfall verübt. Den Banditen fielen 600 Zloty in die Hände. Die beiden Frauen waren derart mißhandelt worden, daß Frau Marczyska in das Städtische Krankenhaus überführt werden mußte. Die Banditen wurden noch in derselben Nacht festgenommen. Die sofort alarmierte Kriminalpolizei unternahm mittels Motorräder die sofortige Verfolgung der Banditen, die auch von Erfolg gekrönt wurde.

Festgenommen wurden der 23jährige Andreas Kania, der 26jährige Valentin Kaczmarek und der 20jährige Feliks Katak. Den drei Banditen half bei Ausführung der Tat der Chauffeur und Mitinhaber der Autodroßke Nr. 73 Feliks Kubiat. Räubersführer und Anführer war Andreas Kania, der die Genossen mit Revolvern und Gummiknüppeln versah.

Die zu einem Wohnhause gehörenden Nebengebäude sind nicht besonders zu nummerieren.

§ 3. Alle Häuser, in denen mindestens zwei besondere Wohnungen bzw. Handels-, Gewerbe- oder andere Lokale vorhanden sind, müssen bis zum 1. März 1931 vom Eigentümer auf seine Kosten mit einer laufenden Nummer in sichtbarer und dauernder Weise durch ein Metalltäfelchen in der Größe von 12x8 Zentimeter mit einer schwarzen arabischen Nummer auf weißem Untergrunde versehen sein, das über jedem Eingang in die betreffende Räumlichkeit in der Weise in der Mitte anzubringen ist, daß die Reihenfolge der Zahlen von unten von der linken Seite des Hauseinganges beginnt.

Das Nummerverzeichnis der Lokalitäten muß am Eingang auf der Innenseite des Gebäudes mit Angabe der Namen der Personen bzw. des Namens der das Lokal benutzenden Firma angebracht werden.

In Anstalten und Institutionen, welche die Hauswirtschaft gemeinsam führen (z. B. Burgen, Altersheime, Waisenhäuser, Klöster usw.) ist die Nummerierung der Wohnungen nicht notwendig.

§ 4. Die Vorstände der Stadt- und Landgemeinden sowie die Gutsvorsteher haben bis zum 1. März 1931 Häuserverzeichnisse in der laufenden Nummerierung für die ganze Ortschaft, hingegen in Ortschaften, in welchen bezeichnete Straßen vorhanden sind, nach der alphabetischen Reihenfolge der Plätze und Straßen sowie nach den laufenden Nummern der Häuser anzufertigen.

Im Häuserverzeichnis ist gleichzeitig der Vor- und Zuname sowie die nähere Adresse des Eigentümers bzw. der zur Erledigung der Meldegänge in dem Falle verpflichteten Personen anzugeben, sofern der Eigentümer gemäß des Art. 9 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 3. 1928 über die Evidenz und Kontrolle der Volksbewegung (Dz. U. R. P. Nr. 32, Pof. 309) einen Vertreter bestimmt hat.

§ 5. Solche Häuser, welche mehrere Nummern haben (Gehäuser, Durchgangshäuser usw.) und im Häuserverzeichnis unter verschiedenen Straßen eingetragen sind, sind im Verzeichnis mit einem Vermerk zu versehen, daß dieses Haus gleichzeitig unter der entsprechenden Nummer einer anderen Straße eingetragen ist.

§ 6. Werden die aus dieser Verordnung sich ergebenden Pflichten von den Hauseigentümern in der bestimmten Frist nicht gehörig erfüllt, so werden sie mit den in den Artikeln 24 bis 27 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 3. 1928 über die Evidenz und Kontrolle der Volksbewegung (Dz. U. R. P. Nr. 32, Pof. 309) vorgesehenen Strafen bestraft, außerdem werden gegen sie auf Grund des § 43, Absatz 5 der vorstehend bezeichneten Verordnung des Innenministers die in der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. 3. 1928 über das Zwangsverfahren (Dz. U. R. P. Nr. 36, Pof. 342) vorgesehenen Mittel angewandt.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im Wojewodschaftlichen Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig verlieren alle widersprechenden Vorschriften ihre Rechtskraft.

(Wojewodschaftliches Amtsblatt Nr. 3 vom 17. 1. 1931. Ausführungsverordnung des Posener Wojewoden vom 12. 1. 1931. Vorschriften der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 3. 1928 über die Evidenz und Kontrolle der Volksbewegung. (Dz. U. R. P. Nr. 32, Pof. 309).)

2. Neuordnung der Meldepflicht

Auf Grund des Art. 4 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 3. 1928 über die Evidenz und Kontrolle der Volksbewegung (Dz. U. R. P. Nr. 32, Pof. 309) verordne ich folgendes:

§ 1. In den Städten: Posen und Bromberg wird den Hauseigentümern bzw. den von ihnen zur Erledigung der Meldegänge auf Grund des Art. 9 der vorstehend bezeichneten Verordnung bestellten Vertretern die Pflicht zur Führung „der Hausmeldebücher“ auferlegt, womit mit dem 15. Februar 1931 begonnen werden soll.

Die Hausmeldebücher müssen folgende Rubriken enthalten:

Vor Ausführung der Tat waren Auskünfte und Beobachtungen im Lokal der Marczyska gemacht worden. Die beiden Banditen Kaczmarek und Katak folgten den Frauen mit geringem Abstand. An einer vorher besprochenen Stelle wartete das Auto mit Kania am Steuer. Als die Frauen hinter die Mauer am Schlingstor abbogen, wurde der Ueberfall ausgeführt. Die Autodroßke fuhr vor und dann mit den eingestiegenen Banditen in Richtung Urbanowoc Chaussee davon, wo der Raub geteilt wurde. Dieselbe Bande plante einige Tage vorher einen Raubüberfall auf einen Bankboten, ließen aber von dem Vorhaben ab, als sie erfuhren, daß dem Boten die erwartete Summe nicht anvertraut worden war. Der Polizei gelang es, von den geraubten 600 Zloty den Banditen 500 Zloty abzunehmen.

Die rasche Arbeit der Kriminalpolizei erfüllt weite Kreise mit großer Befriedigung.

em. Frecher Raubüberfall. Vor einigen Tagen wurde ein selten frecher Raubüberfall auf das Wohnhaus des Güterdirektors Martin Knappe in Gorowo, Kreis Posen, ausgeführt. In Abwesenheit des Besitzers kamen gegen 7 Uhr abends zwei unbekannte Personen und fragten die dort anwesenden Töchter nach dem Vater. Als die Töchter bemerkten, der Vater sei nicht zu Hause, stellten sie sich als Kriminalbeamte vor und baten um Einlaß in die Zimmer. Einer der Banditen zog plötzlich einen Revolver aus der Tasche und verlangte die Herausgabe des Geldes. Die vorhandenen 70 Zloty wurden auch ausgeliefert. Ein dritter Bandit stand im Hausflur Schmiere. Nach Mitnahme eines Jagdgewehres verschwanden die Banditen im Dunkel der Nacht.

1. Zu- und Vorname,
2. Vorname der Eltern,
3. Beruf,
4. Geburtsdatum,
5. Bekenntnis,
6. Staatsangehörigkeit,
7. Militärverhältnis,
8. Zugangsort (Wohnsitz),
9. Datum des Eintreffens zum zeitweiligen Aufenthalt,
10. Zugangsdatum zur Begründung eines Wohnsitzes,
11. Quittung des Meldebüros (Datum und Unterschrift),
12. Datum des Fortzuges. Angabe des Fortzugortes,
13. Quittung des Meldebüros (Datum und Unterschrift),
14. Bemerkungen.

Die Gemeindevorstellungen sind verpflichtet, den interessierten Personen auf Ersuchen die betreffenden Formulare zum Selbstkostenpreise zu liefern.

§ 2. In sämtlichen Stadtgemeinden, mit Ausnahme der Stadt Posen und Bromberg, im Gebiete der Wojewodschaft Posen sowie in allen Landgemeinden, Gutsbezirken in den Kreisen: Czarnikau, Kolmar, Kempen, Krotoschin, Lissa, Birnbaum, Neutomischel, Adelnau, Schildberg, Ramisch, Wollstein und Wirß wird den Hauseigentümern bzw. den von ihnen bestellten Vertretern (siehe § 1 dieser Verordnung) die Pflicht zur Führung von „Listen der im Hause wohnhaften Personen“ auferlegt, womit mit dem 15. Februar begonnen werden soll.

Die Listen der im Hause wohnenden Personen müssen folgende Rubriken enthalten:

1. Laufende Nummer,
2. Zu- und Vorname,

3. Zugangsort (Wohnsitz),
4. Zugangsdatum,
5. Bemerkungen (Abmeldedatum usw.).

§ 3. Die in den vorstehenden Paragraphen auferlegte Pflicht zur Führung von „Hausmeldebüchern“ und „Listen der im Hause wohnenden Personen“ bezieht sich nicht auf Eigentümer, Pächter oder andere verantwortliche Leiter von Hotels, Pensionaten, Uebernachtungshäusern und aller Art von Anstalten, die zur Aufnahme von Personen zur Wohnung oder Uebernachtung gegen eine Gebühr oder kostenlos bestimmt sind.

In diesen Anstalten müssen auf Grund der Bestimmungen des Art. 5 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 3. 1928 über die Evidenz und Kontrolle der Volksbewegung (Dz. U. R. P. Nr. 32, Pof. 309) Meldebücher und Listen der sich in der Anstalt aufhaltenden Personen nach dem im § 28 und § 50 der Verordnung des Innenministers vom 16. 10. 1930 über das Meldewesen und die Seelenlisten (Dz. U. R. P. Nr. 84, Pof. 653) festgelegten Vordruck Nr. 10 und Nr. 10a geführt werden.

§ 4. Wer gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt, wird mit den in den Artikeln 24 bis 27 der vorstehend bezeichneten Verordnung vorgesehenen Strafen bestraft, außerdem können gegen die schuldigen Personen die in der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. 3. 1928 über das Zwangsverfahren (Dz. U. R. P. Nr. 36, Pof. 342) vorgesehenen Mittel angewandt werden.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im Wojewodschaftlichen Amtsblatt in Kraft.

(Wojewodschaftliches Amtsblatt Nr. 3 vom 17. Januar 1931. Ausführungsverordnung des Posener Wojewoden vom 12. 1. 1931 betreffend die Führung der Hausbücher und Meldelisten.)

Zurchtbare Untat um 300 Zloty

Landwirt erschießt seinen Schwager und verbrennt sein eigenes Kind

× Krotoschin, 11. Februar. Von einem kaum glaublichen Verbrechen wird aus der Nähe von Krotoschin berichtet. War da ein Bauer, der mit seinem Sohne eine Kuh zum Markte führte, um sie dort zu verkaufen. Er erhielt auch den Betrag in Höhe von 300 Zloty ausgezahlt und begab sich in später Nachmittagsstunde auf den Heimweg, der durch einen Wald führte. Der Vater, der einen Ueberfall befürchtete, gab seinem Sohne das Geld mit der Weisung, schleunigst davonzulaufen und die Polizei zu benachrichtigen, falls sie unterwegs angehalten werden sollten. Und tatsächlich — die Wänderer mögen kaum die Hälfte der Waldstrecke zurückgelegt haben, als ihnen aus dem Unterholz ein maskierter Mann entgegen trat mit der Forderung: Geld oder das Leben! In fast demselben Augenblick brachte ein Schuß durch die Stille des Waldes, und der Vater brach blutüberströmt zusammen, während der Knabe davonlief, wie von Furien gejagt. Nicht weit vom Walde entfernt wohnte die Schwester des Ermordeten; dorthin wandte sich der Junge und erzählte seiner Tante, daß man seinen Vater eben erschossen habe, weil man Geld bei ihm vermutete, daß er aber die betreffende Summe bei sich habe usw. Die Tante ist sehr erlöst und bedauerte den armen Knaben. Schließlich aber sagte sie, daß es zwecklos sei, noch jetzt am Abend irgendwelche Schritte zu unternehmen, dafür sollte gleich am anderen Morgen die Polizei benachrichtigt werden. Die Tante war überhaupt sehr besorgt; denn sie erbat sich das Geld zur sicheren Aufbewahrung aus, außerdem wollte sie es nicht zulassen, daß der Knabe noch in so später Stunde den Weg nach Hause allein antreten sollte. Er wurde denn auch bald zusammen mit den anderen Kindern in das Bett gepackt.

Währenddessen war ihr Mann, der seinen Schwager erschossen hatte, nach Hause gekommen und erzählte seiner Frau, daß er den Mann wohl umgebracht, aber trotz gründlichster Untersuchung seiner Sachen kein Geld bei ihm gefunden hätte.

Die Frau ermahnte ihn zu größter Ruhe und berichtete ihrerseits, daß der Sohn des Ermordeten sich im Hause befände und sie ihm das Geld bereits abgenommen hätte. Daraufhin wurde ein Kriegsrat abgehalten.

Der Mann machte den Vorschlag, im Wald einen Feuer anzuzünden und den Knaben zu verbrennen. Sogleich machte sich die Frau an die Arbeit und bald prasselte ein lustiges Feuer im Dien. Der Junge, der das Gespräch mit angehört hatte, trock in seiner Angst in die entlegenste Ecke des Bettes und schob dafür eines der anderen Kinder an seine Stelle.

Als nach geraumer Zeit das Ehepaar mit einer Decke erlöst, padten sie statt ihres Neffen eines ihrer eigenen Kinder ein und warfen es mit der Decke in die loderbende Glut. Sofort wurde auch der Ofen geschlossen.

Währenddessen sprang der Junge aus dem Fenster, nur mit dem dünnen Hemdchen bekleidet, und rannte in die Winternacht hinaus. Auf der Straße begegnete ihm ein Wachmeister, der das Kind ganz erstaunt fragte, was es denn bei dieser Kälte in so leichter Kleidung auf der Straße zu suchen habe. In fliegender Hast wurde der Sachverhalt geschildert. Darauf widelte der Wachmeister das frierende Kind in seinen Mantel ein und begab sich nach dem Hause des Mörders. Während der Knabe das Pferd draußen hielt, trat der Hüter des Geleches ein und tat sehr erstaunt, daß die Leute zu so später Stunde noch Licht brennen hatten. Ja, es solle Brot gebacken werden, wurde ihm versichert. Großartig — Frischbrot wäre gerade das, was er suchte. Er würde also warten, bis es fertig sei. Darauf die Leute, schon ängstlicher, sie würden ihm am nächsten Tage zwei Brote schicken. Nun wurde das Seitengewehr aufgepflanzt, und die Deffnung des Ofens erzwungen. Ein paar Knochenreste waren von dem Kinde noch übrig geblieben. Ein Pfiff, und der draußen wartende Knabe trat in

das Zimmer. Als die entsetzten Eltern ihren Neffen erblickten, erkannten sie — zu spät! —, daß sie ihr eigenes Kind dem Flammentode preisgegeben hatten. Beide brachen unter dieser furchtbaren Last zusammen und gestanden. — Es ist erklärlich, daß diese unmenßliche Tat größtes Aufsehen erregt hat und in weitesten Kreisen Tagesgespräch ist.

Urteilspruch in der Oborniker Magistrate - Unterschlagungsaffäre

em. Gestern mittag verkündete das Gericht nachstehendes Urteil. Der Angeklagte Stanislaw Garczewski wird der Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von 12 457 z für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt. Außerdem wird er zur Rückerstattung der unterschlagenen Summe an den Magistrat verurteilt. Der angeklagte Kassenrentant Wiktor Grosz wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Das Gericht motivierte das Urteil folgendermaßen: Der Angeklagte Garczewski versuchte durch sein Geständnis beim Gericht Glaubwürdigkeit zu erwecken und den Verdacht auf den Mitangeklagten Grosz abzuwälzen. Auch versuchte der Angeklagte den gänzlich unschuldigen Bürgermeister Macłowiak in die Affäre hereinziehen. Das Gericht schenkte dem Angeklagten Garczewski mit Rücksicht auf seine stets ändernde Angaben bei den Vernehmungen keinen Glauben und verurteilte ihn zu der oben angegebenen Gefängnisstrafe. Da die Unterschlagungen in der Zeit der Amnestie begangen worden sind, wird ein Drittel der Strafe erlassen. Die Kosten der Verhandlung wurden dem Angeklagten Garczewski auferlegt. Der Staatsanwalt legte wegen des Freispruches von Grosz Berufung ein.

Nicht nur Handel mit Kaufsgegenständen sondern auch noch Betrügereien

Dr. Gajkowski verhaftet. Die von der Staatsanwaltschaft geführten Ermittlungen haben sehr viel belastendes Material gegen Dr. Gajkowski zutage gefördert. Außer dem Handel mit Kaufsgegenständen wurden große Betrügereien aufgedeckt, welche er seit längerer Zeit zu ungunsten der hiesigen Krankenkasse ausgeführt hat. Die Kranken der Krankenkasse mußten bei dem ersten Besuch die Ueberweisungen zurücklassen. Der gute Doktor ließ die Kranken einige Tage später wiederkommen und trug dann statt einer Konsultation drei bis vier ein, die er sich von der Krankenkasse bezahlen ließ. Die Krankenkasse ist um eine bedeutende Summe geschädigt worden, deren Höhe noch nicht festzustellen ist. Wegen der Kaufsgegenstandsaffäre sind schon etliche Zeugen vernommen worden, die den Dr. Gajkowski schwer belasten. Ein gewisser Michael Sobolewski ist von der Polizei ermittelt worden, welcher sehr schwerwiegende Aussagen gegen Dr. Gajkowski machte. Dr. Gajkowski wurde Dienstag abend in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Lissa

k. Das hiesige staatliche Arbeitsvermittlungsbüro teilt mit, daß am 1. Februar d. Js. der Kreis Schmiegel in den Bereich des Lissaer Arbeitsvermittlungsamtes einverleibt wurde. In Fällen von Arbeitsvermittlung, Anmeldeung freier Stellen oder Emigration haben sich die in Frage kommenden Personen aus dem Kreise Schmiegel von nun ab an das staatliche Arbeitsvermittlungsbüro in Lissa zu wenden. Auch alle anderen Angelegenheiten, die bisher das staatliche Arbeitsvermittlungsbüro in Posen erledigt hatte, übernahm mit dem 1. Februar das Lissaer Arbeitsvermittlungsbüro. Eine Bau- und Brennholzverteilung aus den Waldrevieren Łazwisk findet am Sonnabend, dem 14. d. Mts., vormittags 10 Uhr in der Gajkowski'schen Weisse in Łazwisk statt.

Von den Auslandfranzosen

Die „Vereinigung für die Franzosen im Ausland“ („Union pour les Français l'Étranger“), die vor drei Jahren mit besonderer Förderung der französischen Ministerien des Auswärtigen, des Handels und der Industrie und des französischen Unterrichts begründet worden ist, hat am 15. Oktober 1930 in Paris ihre Generalversammlung abgehalten. Sie hat einstimmig neue Satzungen angenommen, die nötig waren, um ihr die rechtlich wie moralisch wichtige staatliche Anerkennung der „utilité publique“ zu sichern. Von welcher Bedeutung diese Vereinigung ist, das zeigt die Liste ihres neu gewählten Vorstandes, der künftig jährlich zu einem Drittel erneuert werden soll. Wir finden da die Herren Basset, den Präsidenten des Syndikats der Pariser Presse, Baube, Vizepräsident des Republikanischen Komitees für Handel und Industrie, Bellard, Präsidenten der französischen Handelskammer in Antwerpen, Bonnefont-Grapone, Direktor des Nationalbüros für auswärtigen Handel, Fougère, Abgeordneter und Präsidenten der Nationalen Vereinigung für wirtschaftliche Ausbreitung, Folger, Präsidenten der französischen Kolonie in Genoa, Hermant, Vertreter des Generalverbandes der Versicherungen, Senator de Jowenel, Lacour-Gayet, Vertreter des Komitees für Wirtschaft und Zollfragen, de Laevergue, Generaldelegierter der Hauptvereinigung der französischen Produktion, Professor Lignères-Buenos-Aires, Pierre Lyantien, Megallé, Direktor des Nationalkomitees der Bergarbeiter für auswärtigen Handel, Graf de Nalèche, Direktor des „Journal des Débats“, und Pierre Simon, Generalsekretär der Vereinigung der französischen Handelskammern im Ausland.

Die französische Regierung befaßt sich nur mit den Interessen der Franzosen französischer Staatsangehörigkeit, die im Ausland leben. Das Problem des Auslandsvolkstums, das volklich und kulturell mit dem Muttervolk verbunden ist und bleibt, staatlich aber und politisch mit einem fremden Staate verknüpft ist, gibt es — abgesehen natürlich von hier nicht zu berücksichtigenden Einzelfällen — für Frankreich im allgemeinen nicht. Lediglich die Franzosen in Kanada stellen ein solches Auslandsvolk im großen dar. Aber hier handelt es sich, ähnlich wie bei den Sudetendeutschen, um eine geschlossene siedelnde Masse von immerhin 2 1/2 Millionen Menschen, die weniger das Gefühl der völligen oder politischen Minderheit als das des Staatsvolks und der sozialen selbständigen Nationalität haben. Zum Unterschied von den Sudetendeutschen haben die Kanadafranzosen ja auch alles Recht dazu, denn sie sind rechtlich, politisch, wirtschaftlich, kulturell völlig selbständig und gleichberechtigt mit dem Engländer, sie sind in ihrer schulischen, kirchlichen, Vereins- und Pressefreiheit in keiner Weise beschränkt und haben volle Handlungs- und Entwicklungsfreiheit. Weder brauchen sie also den politischen oder geistigen Rückhalt der französischen Urheimat, noch suchen sie ihn auch, da die politische wie geistige Entwicklung des französischen Staates und Volkes ihnen durchaus nicht sympathisch ist und ihren eigenen Wünschen nicht entspricht. Und auch die Anknüpfungsvorläufe von Frankreich her datieren erst aus neuerer Zeit nach dem Kriege und sind noch nicht sehr weit gediehen, wenn auch die Tatsache eines eigenen kulturell-französischen bühnen Geisteslebens in Kanada auf reisende Franzosen nach dem Kriege gewaltigen Eindruck gemacht hat.

Die „Vereinigung für die Franzosen im Ausland“ hat nur 89 Mitglieder, davon 40 in Frankreich und 49 im Ausland. Unter den 40 in Frankreich befindlichen Mitgliedern befinden sich aber wiederum 17 Vereinigungen und Verbände, unter den 49 auslandfranzösischen deren 18. Es ist zwar nicht gesagt, welches diese Verbände sind; schließlich man auf ihre Art und Arbeit aber aus der Zusammenfassung des Vorstandes, so ergibt sich doch eine finanziell, wirtschaftlich wie politisch sehr einflussreiche und bedeutende Mitgliedschaft.

In der Generalversammlung der Gesellschaft nahmen hervorragende Vertreter des Franzosentums aus Italien und Belgien, aus Südamerika wie China teil. Aus dem Geschäftsbericht geht vor allen Dingen hervor, daß manche Klagen, die wir aus den Kreisen unseres Auslandsdeutschtums zu hören bekommen: daß nämlich die Reichsdeutschen sich zu ihrer Vertretung im Ausland längst nicht immer der doch glänzend qualifizierten Auslandsdeutschen bedienten, genau so auch in Frankreich erhoben werden. Deshalb soll eine kleine Schrift herausgegeben werden, die ganz besonders für die französische Geschäftswelt bestimmt ist und den inlandsfranzösischen Industriellen und Kaufleuten die Dienste dieser Auslandsfranzosen empfehlen soll. Ausdrücklich wird auch in dem Geschäftsbericht erwähnt, daß die bislang sich verhalten und vergessen wählenden Auslandsfranzosen durch die Tätigkeit der Gesellschaft neuen Mut und neue Liebe zur Heimat Frankreich bekommen hätten. So ist es auch zu erklären, daß die Vereinszeitschrift „La voix de France“ es auf eine Auflage von 10 000 Exemplaren gebracht hat; die Leser der Zeitschrift sollen nach den neuen Satzungen künftig als korrespondierende Mitglieder gelten, so daß der nächste Geschäftsbericht mit einer gewaltig gewachsenen Mitgliederzahl wird aufwarten können.

Das Ständige Büro der Vereinigung war mit Arbeiten, Auskünften, Vermittlungen aller Art überhäuft. Es hat einen ausgedehnten Dienst der Belieferung von Auslandsfranzosen mit Büchern eingerichtet. Vor allen Dingen aber erstrebt man die Sammlungen von Fonds. Eine besondere Unternehmung wurde für die französischen Kriegsgeldleistungen im Ausland eingeleitet: Das französische Parlament hat dafür 50 Millionen Franken, also über 8 Millionen Reichsmark ausgeworfen, die aber nur für unmittelbare Kriegsschäden gelten sollen und die keine gesetzliche Entschädigung, sondern eine Unterstützung darstellen. Dagegen protestieren einmütig die französischen Kriegsgeldleistungen, die Vereinigung hat sich ihnen zur Durchsetzung ihrer Rechts-

ansprüche zur Verfügung gestellt und erneut eine Resolution beschloffen.

Ganz besonders setzt sich die Vereinigung für den Besuch und die Beschäftigung der großen Internationalen Kolonialausstellung Paris 1931 ein, für die alle Auslandsfranzosen werben sollen. Schon sind auch Sammelkreise von auslandfranzösischen Gesellschaften angekündigt, und es wird mit den Schiffahrtsgesellschaften wegen besonderer Ermäßigungen für diese Gesellschaftsreisen verhandelt.

Das, was der Berichterstatter aber mit Ernst und Nachdruck und unter dem begeisterten Beifall der Versammlung vor allem forderte, war „une politique générale des Français de l'étranger“. Fast überall gingen die französischen Gemeinschaften im Ausland zurück, weil nichts für ihre Unterstützung, Erhaltung und ihren Ausbau getan werde. Überall wüchsen die Schwierigkeiten, sei es weil die Gesetzgebung der einzelnen Länder rigoros sei, sei es, weil ein neuer Nationalismus — „um so eifersüchtiger je jünger er ist“ —, ihnen das Leben schwer mache. Eine Position nach der anderen müsse verlassen werden, und es sei viel schwerer, eine verlassene Stellung später einmal wieder zu erobern. Aufgabe der Union sei es, hier einzugreifen. Die große Linie und die Mittel erkenne man wohl, die Gesamtorganisation der auslandfranzösischen Vereinigungen sei in ihrer Grundlage geschaffen. Wenn alle auslandfranzösischen Lehrer jedes Landes sich zusammenfänden, dann werde es gelingen, die Defizitlosigkeit und die großen Bewältigungen in der Heimat aufzuräumen, das Problem in seiner ganzen Bedeutung zu sehen und ihre heutigen ungenügenden Methoden zu verlassen.

Die Generalversammlung hörte noch ein Referat über das Ferienkoloniewesen, das Herr Megallé erstattete, der selbst 20 Jahre im Ausland tätig war. Er umriß das Ziel: Die Auslandsfranzosen sollten Frankreich kennen lernen, ihr Ferienaufenthalt in der Heimat solle den Einfluß der fremden Schule und der fremden Umgebung zurückdrängen, solle sie zu guten Pionieren der expansion française im Ausland machen. Für diese Ziele haben die Ministerien des öffentlichen Gesundheitswesens und des Auswärtigen Subventionen in Höhe von 90 000 Fr. im Jahre zur Verfügung gestellt.

Deutsche im Ausland Siebenbürgische Kulturkurie

E. Jh. Seit vielen Jahren finden für die Deutschen in Siebenbürgen (Rumänien) regelmäßige Kurse statt, bei denen Professoren aus Deutschland und Oesterreich Vorträge halten. Die jährliche Praxis hat erwiesen, daß diesen Lehrgängen ein ungeheures Interesse entgegengebracht wird.

Der letzte dieser Kurse, der im Januar stattfand, trug insofern ein besonderes Gepräge, als er in seiner ganzen Anlage für die Bauernschaft bestimmt war. Er wurde darum auch nicht, wie bisher üblich, in Hermannstadt, sondern in einer Landgemeinde (Heldsdorf) abgehalten. Eine große Zahl von Gästen aus allen Teilen des Deutschstums in Rumänien, so aus dem Banat, aus Bessarabien, aus dem Szatmergebiet, insgesamt an 400, hatten sich eingefunden — zum größten Teil waren es natürlich Landwirte —, um sich von den reichsdeutschen Professoren in ihrer schweren wirtschaftlichen Not belehren zu lassen. Da die Vorträge bewußt wirtschaftspolitische und vor allem landwirtschaftliche Fragen behandelten, war das Interesse, wie selten bisher, ungewöhnlich lebendig, und die Professoren verstanden es auch, sich in die besonderen Verhältnisse des Landes einzufühlen, um eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen zu vermitteln.

Wie schade, daß nicht auch anderen großen Teilen des Auslandsdeutschtums so wertvolle Anregungen gegeben werden können, um ihnen über die furchtbare Wirtschaftskrise leichter hinwegzuhelfen und dem Staat, in dem sie leben, neue wirtschaftliche Impulse geben zu können.

Die Deutschen in Südlawien erhalten neue Schulen

Kürzlich hat das Unterrichtsministerium in Südlawien die Eröffnung von 56 neuen deutschen Volksschulen angeordnet und dabei versprochen, daß künftighin überall dort staatliche deutsche Schulen eröffnet werden sollen, wo mindestens 30 schulpflichtige Kinder vorhanden sind. Gleichzeitig wird bekannt, daß den Deutschen eine private Lehrerbildungsanstalt und sechsklassiger deutscher Volksschulunterricht gewährleistet wird.

Dieser Schritt der südlawischen Regierung ist um so mehr anzuerkennen, als der Schulunterricht für die Deutschen in großen Teilen Südlawiens, so in Kroatien, Slowenien und in Slowenien, in ihrer Muttersprache bisher nicht gebildet wurde.

Während in anderen Staaten Europas das zünftig glänzend organisierte deutsche Schulwesen immer mehr zerstört wird, hat dieser Balkanstaat trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen auch er sich befindet, den Mut, das deutsche Volksschulwesen aufzubauen und den Deutschen das Leben in diesem Staate angenehmer und leichter zu machen, um auf diese Weise unnötige Verbitterung zu befeitigen. Keinem Staat kann es schaden, sich statt einer misshütigen und hoffnungslos dahinsinkenden Volksgruppe eine Bevölkerung zu erziehen, die nicht nur dem Staate loyal gegenübersteht, sondern auch freudig bereit ist, über ihre Willkür hinaus ihre ganze Kraft dem Aufbau und der Festigung des Staates zur Verfügung zu stellen.

Verfügung gestellt. Diese Summe genüge nicht, sie solle noch laufend erhöht werden, man erblicke darin vorläufig nur eine Aufmunterung zur Befolgung des beschrittenen Weges. In diesem Jahre hat man 400 Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren — 100 mehr als im Vorjahr — aus dem Ausland einen Monat in den Ferienlagern am französischen Meere aufnehmen können, was den Kindern ausnahmslos auch gesundheitlich glänzend bekam. Studien- und Vergnügungsfahrten durch ganz Frankreich wurden gemacht, um ihnen das „arbeitende und das lächelnde Frankreich“ zu zeigen. Man verhandelt mit den Schiffahrtsgesellschaften wie mit den Bahnen, um die Fahrkosten weiterhin zu ermäßigen. Die Eisenbahnen haben schon in diesem Jahre 50 Prozent auf ihre normalen Tarife gegeben. Für das kommende Jahr denkt man vor allem an Ferienkinder aus dem nahen Orient, aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus Lateinamerika.

Von besonderem Interesse war ferner eine Anregung des Geschäftsführers Wernlé, die die Versammlung einstimmig annahm, daß nämlich die Vergünstigung des Gesetzes vom 22. Juli 1925 zu Gunsten der kinderreichen Familien möglichst auch auf die Familien der Auslandsfranzosen ausgedehnt werden solle und daß den französischen Frauen im Ausland und in den Mandatsgebieten, die nach Frankreich reisen, um dort niederzukommen, Reise- und Aufenthaltsunterstützungen gegeben werden sollten. Die letztere Frage ist besonders wichtig, denn das jus soli, das einzelne Länder haben und das z. B. auch die Türkei jetzt eingeführt hat, macht im Lande geborene junge Auslandsfranzosen zu Staatsangehörigen des betreffenden Landes. Es wurde betont, daß schon jetzt zahlreiche Französinen aus Spanien zur Geburt ihrer Kinder nach der Heimat kommen und auf das Beispiel Italiens verwiesen, das den Auslandsitalienerinnen bereits große Hilfe im Sinne dieser Unterstützung zuteil werden läßt.

Schließlich ist besonders wichtig die Erneuerung eines Verlangens einer 50prozentigen Ermäßigung auf Schiffen und Bahnen für alle Auslandsfranzosen, die ihre Heimat wieder besuchen wollen. Unter den Vereinen und Verbänden im Ausland, die das mit Entschiedenheit verlangen, befinden sich 42 Verbände ehemaliger Kriegsteilnehmer, 27 Vereinigungen von französischen Vereinen im Ausland, 24 französische Auslandskammern, 5 Vereinigungen von Lehrern und 46 Wohltätigkeitsvereine und -Verbände.

(Politische Wochenschrift.)

Keine Besserung in Südtirol

Es wird uns berichtet: Vor kurzem wurde der deutsche Lehrer Franz Oberhofer in Tschiras im Vinschgau wegen Erteilung deutschen Privatunterrichtes von der politischen Behörde aus seinem Aufenthaltsort ausgewiesen und in seine Geburtsortgemeinde Bals im Pustertale polizeilich abgehoben. Ohne Erlaubnis der Behörde darf er diesen Ort nicht verlassen. Franz Oberhofer ist einer der vielen hundert deutschen Lehrer, die mit Einführung der italienischen Sprache entlassen wurden. In der Folgezeit erteilte er auf Wunsch der Eltern an einzelne Kinder des Ortes deutschen Unterricht. Die Behörde verbot ihm dies mit der Begründung, daß er hierzu keine behördliche Genehmigung besitze. Im letzten Herbst nahm Oberhofer, ermutigt durch die in einem Teil der deutschen Presse gebrachten Mitteilungen, die sich auf direkte Informationen von der italienischen Regierung beriefen und wonach der deutsche Privatunterricht wieder uneingeschränkt gestattet sein sollte, den Einzelunterricht deutscher Kinder wieder auf. Dies trug ihm nun die Ausweisung aus der Gemeinde Tschiras zu, in der er schon lange Jahre als Lehrer und als Organist gewirkt hatte. Damit ist ihm auch die letzte Verdienstmöglichkeit genommen.

Seine Frau und zwei unmündige Kinder muß er, ohne für deren Unterhalt sorgen zu können, in Tschiras zurücklassen, während er in die Geburtsortgemeinde Bals zurückkehrt, die ihm keinerlei Verdienst bieten kann.

Es könnte in diesem Zusammenhang auf die Unterstützung der deutschen Politik durch Italien hingewiesen werden. Aber sowohl Mussolini wie auch Grandi haben stets unverhohlen betont, daß die Unterstützung Deutschlands nur aus Gründen außenpolitischer Taktik erfolgt sei. (Italien hat seine Bündnispolitik niemals anders betrachtet!) Daß man in der Minderheitenfrage keine offene Unterstützung Italiens erzielen können, erklärte sich aus der besonderen Lage der eigenen italienischen Minderheiten. Aber in allen anderen Fragen könne Deutschland auf Italien rechnen.

Die Tragödie der deutschen Bauern in Rußland

Einer Meldung der „Morning Post“ vom 1. Februar zufolge hat ein Teil der deutschen Bauern, die seiner Zeit durch die Sowjets von ihrem ererbten Boden vertrieben wurden, nach unendlichen Mühsalen chinesisches Gebiet erreicht. Es handelt sich um ungefähr 600 Mennoniten, denen es gelungen ist, die Grenze Rußlands hinter sich zu lassen. Sie arbeiten zum Teil gegenwärtig in den Kohlenbergwerken von Mulin im östlichen Gebiet der chinesischen Eisenbahn, andere wieder in der Provinz Heilungkiang. Der letztere Trupp, der erst vor ganz kurzer Zeit in Chabin angekommen sein dürfte, befand sich in einem geradezu besammernswerten Zustand, der sich aus den unendlichen Schwierigkeiten erklärt, die diese armen Bauern auf ihrer Wanderung durch ganz Sibirien zu überwinden hatten. Vielen waren die Glieder erkrankt, und bei acht Bauern mußten sogar Operationen im Hospital von Chabin vorgenommen werden.

Die Flüchtlinge hatten sich nach ihrer Vertreibung zunächst im Stromtal des Amur und dann in der Nähe von Bagowestkenk am Amur niedergelassen und warteten dort auf eine Flucht-

gelegenheit. Sie schafften eine Zeit lang als Sowjetarbeiter in den dortigen Distrikten, bis sie in den Besitz von Pferden gelangten und dann den eingefrorenen Strom mehrere hundert Meilen weit bis nach Chabin entweichen konnten.

Energie aus Sonnenlicht

Seit einigen Tagen werden in der Öffentlichkeit Mitteilungen über weittragende neue Forschungsergebnisse eines jungen Berliner Physikers Dr. Bruno Lange, auch in der polnischen Presse gemacht, die in ihrem Ursprung auf amerikanischen Quellen zurückgehen. In der in der Jetztzeit üblichen Weise wurde über stille Forschungsarbeit, die erst am Anfang einer großen Entwicklung steht und eigentlich praktische Ergebnisse zurzeit noch nicht aufzuweisen hat, voreilig berichtet. In Wirklichkeit sind die Versuche noch gar nicht beendet. Bekannt wurde die Angelegenheit durch die Ankündigung eines Vortrages, den Dr. Lange demnächst im Kaiser-Wilhelm-Institut über seine Forschung halten wird. Der Inhalt des Vortrages ist heute noch nicht bekannt. Es ist kaum anzunehmen, daß der Physiker dem Vortrage vor dem zuständigen Gremium durch übereilte Veröffentlichungen vorzuziehen wird. Man wird somit das eigentliche Wesen der neuen Entdeckung und ihre Bedeutung erst durch den Vortrag beurteilen können.

Im wesentlichen handelt es sich um folgendes: Dr. Bruno Lange ist seit einigen Jahren am Kaiser-Wilhelm-Institut tätig, an dem er unter Professor Haber arbeitete. Er befaßte sich bei seinen physikalischen und elektrophysikalischen Studien sehr eingehend mit dem Wesen der Photozelle und der Wirkung des Lichts auf die Metalle. Die Photozelle ist ja schon seit geraumer Zeit bekannt und findet namentlich beim Tonfilm Verwendung. Ihr Effekt, der sogenannte Photoeffekt, beruht darauf, daß durch Einwirkung von Licht auf eine aus bestimmten Metallen bestehende Schicht der Zelle Elektronen ausgelöst werden. Der Photostrom, der so erzeugt wird, ist verhältnismäßig gering. Bekannt ist die Anwendung dieses Prinzips bei den neuesten Alarmanlagen für Diebstahlschutz. Dr. Lange ist es nun gelungen, eine bedeutend empfindlichere Photozelle als die bisher bekannten zu schaffen. An Stelle der bisher üblichen Glaszelle mit Kaliumlicht verwendet er eine Zelle aus Kupfer-Kupferoxydplatten, die sogenannte Kupferoxydplatte. Wie Lange schon auf der Tagung der Naturforscher in Königsberg mitteilen konnte, wurde ihm bei seinen Versuchen mit dieser Zelle eines Tages die Erkenntnis, daß die Einwirkung des Sonnenlichts auf die Kupferoxydplatte elektrische Energie auslöse. Durch die nun fortgesetzten Versuche konnte die Zelle so verbessert werden, daß durch Einwirkung des Sonnenlichts zum Beispiel die Glühlampe einer Taschenlampe oder ein Spielzeugmotor in Betrieb gesetzt werden konnte.

Zweifellos ist die nun gewordene Erkenntnis ein erster Weg zur Lösung großer Probleme. Es wird jedoch noch geraume Zeit vergehen, bis das angekündigte Ziel, Erzeugung von großen Mengen elektrischer Energien durch das Sonnenlicht erreicht werden wird. Vorläufig soll die Lange-Zelle in den Dienst wissenschaftlicher Messungen, zum Beispiel Bündnismessungen, Registrierungen der Tageshelligkeit, gestellt werden. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die bei der AEG verwendeten Photozellen auch schon diesen Zwecken nutzbar gemacht worden sind. Das absolute Neue bei Lange besteht darin, daß seine Zelle so empfindlich ist, daß das gewöhnliche Sonnenlicht die elektrische Energie auslöst, die bei den bisher bekannten Photozellen nur durch sehr starke künstliche Beleuchtung hervorgerufen werden kann. Darin liegt die große Zukunftsmöglichkeit der Lange'schen Zelle.

Soweit dürfte also vorläufig das praktische Greifbare der Forschungsergebnisse von Dr. Lange gehen. Alles andere muß zunächst als Zukunftsmuß bezeichnet werden.

Der deutsche Geist in der Welt

Deutsche Musik in Spanien. Madrid hatte auf musikalischem Gebiet kurz vor Weihnachten noch ein großes Ereignis zu verzeichnen. Der Düsseldorfer Generalmusikdirektor Hans Weisbach dirigierte hier zwei Konzerte, die mit einer ganz außergewöhnlichen Begeisterung vom Madrider Konzertpublikum aufgenommen wurden. Das verstärkte Sinfonieorchester, das unter der Leitung seines bekannten und wie ein Abgott von den Madrider verehrten Dirigenten Arbas groß geworden ist, hatte sein Können Weisbach zur Verfügung gestellt, der mit einer seltenen jugendlichen Gewalt Angehobenes aus dem Orchester herausholte. Seine ruhige Art zu dirigieren, hinter der sich ein gewaltiges Temperament verbirgt, eroberte ihm die Herzen der Zuhörer, deren Begeisterung ins Maßlose stieg, als sie sahen, daß Weisbach alles ohne Partitur dirigierte einschließlich der spanischen Stücke, die er erst wenige Tage vorher zum ersten Male zu Gesicht bekommen hatte. Das Programm war mit großem Geschick zusammengestellt, Beethovens siebente Sinfonie, die Leonorenouvertüre, die Pathetische von Tschaiowsky, Mollereiferer und Tannhäuser, Till Eulenspiegel, dazu Werke von zwei jungen Spaniern, Espiá und Remacha — das Haus war restlos begeistert. Böllig aber gewann sich Weisbach die Sympathien der Madrider, als er die jungen spanischen Komponisten auf das Podium holte und den eingehimmten Applaus auf sie übertrug. Das Haus donnerte von Beifallsstürmen, wie sie Madrid nur selten gesehen hat. Zusammenfassend kann man sagen, daß Weisbachs leider so kurzes Wirken in Madrid den größten Erfolg darstellte, den ein auswärtiger Dirigent in Spaniens Hauptstadt errungen hat.

Die Zukunft des Getreide-Weltmarkts

Von Prof. Dr. Karl Brandt, Direktor des Instituts für landw. Marktforschung, Berlin.

Die Getreidepreise haben am Weltmarkt einen bisher nicht erlebten Tiefstand erreicht. An diesen Tatbestand werden z. T. seltsam anmutende Kommentare geknüpft. Manche Agrarpolitiker geben in einer Art ekstatischer Konfession mit viel Pathos aber wenig nüchternen Wirklichkeitsbeobachtung ihrer Meinung dahin Ausdruck, dass unmoralische Machinationen der Sowjetunion der Kern allen Übels sei. Sie leiten gleichzeitig aus dem Wiedereintritt Russlands in den Weltgetreidemarkt die Notwendigkeit der „Absetzung“ des Binnenmarktes durch Hochschützzölle und Manipulierung der Märkte durch Schaffung des Monopols her. Andere glauben, nur noch Zuckungen des in einem Chaos zerfallenden Weltmarktes zu sehen, in dem alle agrarischen Erzeuger zugrunde gehen müssen.

Versuchen wir uns ein nüchternes Urteil über die Zustände am Weltgetreidemarkt zu bilden und eine vorsichtige Prognose für die kommenden Jahre zu stellen, so ergibt sich folgendes Bild: Die Weltgetreideproduktion stieg von 368 Mill. t 1909/13 auf 385 Mill. t 1929. Sie hat 1930 390 Mill. t überstiegen. Davon entfielen: 1909/13 auf Russland 73,3 Mill. t, 1929 auf die USSR 68,5 Mill. t, 1930 hat die Sowjetunion unter Einrechnung von Hirse und Buchweizen und wahrscheinlich Hülsenfrucht 86,5 Mill. t geerntet.

Weizen

Der Weizenanbau in den wichtigsten Anbauländern der Welt bewegte sich wie folgt (in Mill. ha):

1903	1906	1909	1912	1914	1921	1924	1927	1929
92,6	98,3	98,7	108,1	109,3	97,9	108,7	126,5	125,6

Die Weltweite betrug in Mill. t:

1909/13	1924	1925	1926	1927	1928	1929
ohne USSR	82,3	84,0	90,3	92,0	98,0	105,6
mit USSR	106,8	96,9	110,2	116,9	119,2	127,2

Der Export an Weizen und Weizenmehl aller dieser Länder zusammen betrug in Mill. t 1900 bis 1914 einschließlich Russland:

1900/01	8,1	1905/06	16,0	1910/11	16,4
01/02	8,7	06/07	15,4	11/12	16,1
02/03	14,7	07/08	14,8	12/13	19,6
03/04	15,6	08/09	15,4	13/14	15,4
04/05	15,5	09/10	18,3		

Von 1921 bis 1929 bewegte sich der Export in den gleichen Ländern, jedoch ohne Russland, wie folgt:

18,9	19,3	21,5	20,5	17,1	22,4	23,2	25,1.
------	------	------	------	------	------	------	-------

Die Preise für Weizen notierten in Liverpool nach Broomhall in RM. je t:

1900/01	134	1905/06	151	1910/11	165
01/02	133	06/07	145	11/12	176
02/03	135	07/08	170	12/13	173
03/04	137	08/09	188	13/14	163
04/05	140	09/10	181		

Nach dem Kriege lauten die Notierungen Barusso Hamburg:

1926/27	241	1927/28	231	1928/29	196	1929/30	186
---------	-----	---------	-----	---------	-----	---------	-----

Dabei haben sich die Preise seit Februar 1930 von RM. 203 im Vormonat wie folgt gesenkt: 183, 168, 179, 173, 167, 157, um sich seit August 1930 wie folgt fortzusetzen: 164, 148, 126, 115.

Der Weizenanbau in Kanada und USA. ist während des Krieges stark ausgedehnt worden. Der stark gestiegene Preis bot den Anreiz dazu. In den Nachkriegsjahren wiesen auch Argentinien und Australien starke Ausdehnung des Anbaues auf. Als die Überschussmengen in den Jahren 1928/29 erstmalig einen schweren Preissturz hervorriefen und dieser sich in den folgenden Jahren fortsetzte, blieb die notwendige Anbaueinschränkung aus. Das hatte seinen Grund in zwei neuen Tatbeständen. Einmal war inzwischen die

Unkostensenkung durch Mechanisierung
des Weizenanbaus in ungeahnter Masse gelungen, nämlich durch Anwendung des Traktors mit ausgesprochenen Traktorgereäten für die Bestellung und die Kombination des Traktors mit Mährescher. Gleichzeitig begann der Vormarsch des Weizenanbaus mit dem Mährescher in die semiariden Zonen, in Gebiete niedrigster Bodenpreise. Da die Senkung der Produktionskosten im allgemeinen nur durch Ausdehnung des Weizenanbaus bis auf die optimale Ausnutzung des Traktor-Mährescher-Aggregats erreicht werden konnte, lag der Anreiz zu ständiger Ausdehnung der Produktion vor. Die Fortschritte, die man damit gemacht hat, werden dadurch gekennzeichnet, dass nach Ansicht der besten amerikanischen Fachleute die Senkung der Produktionskosten unter den günstigsten Verhältnissen bis auf 35 Cts. pro bushel gelangt ist, während vor wenigen Jahren noch mit der minimalen Grenze der Produktionskosten von 80 Cts. bis 1 Dollar gerechnet wurde.

Auf der anderen Seite haben die Riesenaktionen zur Stützung der Märkte in Kanada und USA durch zentral geleitetes, von Jahr zu Jahr sich steigendes Halten von Ware die Anpassung der Weizenproduktion an die Aufnahmefähigkeit des Marktes psychologisch hinzugehalten, da die Farmer immer noch mit der Möglichkeit der erfolgreichen Gestaltung der Preise von oben her rechnen. Die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren folgende Mengen Getreide aus einer Ernte in die andere gehalten:

1927	1928	1929	1930	
Mill. t	3,5	3,7	7,0	8,0

Kanada nahm in den gleichen Jahren folgende Mengen aus einer Ernte in die andere:

1927	1928	1929	1930	
Mill. t	1,4	2,1	2,8	3,0

Um die Preissenkungsaktion

Lohnsenkung im Strumpfwerbe
Die ausserhalb der Organisationen noch stehenden kleinen Betriebe der Lodzer Textilindustrie beabsichtigen im Zusammenhang mit der allgemeinen Preissenkungsaktion der Regierung auch einen Abbau der Löhne durchzuführen. Besondere Anstrengungen macht in dieser Richtung das Strumpfwerbe. Nachdem die zwischen den Arbeitgeberverbänden und der Industrie geführten Verhandlungen zu keinem Resultat geführt hätten, haben nunmehr die Fabriken eine 10-20-prozentige Lohnsenkung vorgenommen. Es bleibt abzuwarten, wie die Interessensverbände darauf reagieren werden.

Keine Lohnsenkung in der Papierindustrie

Ministerium lehnt Herabsetzung ab.
Wie gemeldet wird, ist in der Saybuscher Papierfabrik ein Streit zwischen der Fabrikleitung und den Arbeitern zum Ausbruch gekommen, da die Fabrikleitung die Arbeiterlöhne um 10 Prozent herabsetzen will. Die Angelegenheit kam nun vor den Schlichtungsausschuss des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge, der im Zusammenhang mit den letzten Erklärungen der Regierung dahin entschied, dass ein Lohnabbau nicht eintreten darf.

Preissenkungsprojekt der Warschauer Handelskammer

Im Rahmen der von der Regierung angeregten Preissenkungsaktion beabsichtigt die Warschauer Handelskammer, der bekanntlich eine ganze Reihe von führenden Wirtschaftlern und früheren Ministern angehört, in Kürze mit einem grossangelegten Projekt vor die Öffentlichkeit zu treten, in dem die praktische

Diese fehlgegangene Spekulation, die man als „orderly marketing“ zu begründen suchte, hat offensichtlich die Aussenseiter, nämlich Argentinien und Australien, nur zur Ausnutzung der Situation und zum Ausdehnen des Anbaues angeregt.

Das Gesamtbild der vier grossen Uberschussländer zeigt folgende Endbestände (in Mill. t): 1925/26 6,5, 1926/27 7,8, 1927/28 9,6, 1928/29 14,5, 1929/30 14,1.

Wie verlautet, hat der Federal Farm Board etwa 4 bis 5 Mill. t Weizen eingelagert. Es kommt hinzu, dass durch das Ausschalten der Pferde und Maultiere (allein in den Ver. Staaten 7 Mill. Stück) durch den Traktor etwa 20 Mill. acres an landwirtschaftlicher Nutzfläche freigeworden sind. Dadurch ist der Anreiz zur Erweiterung der Weizenfläche auch von dieser Seite her nicht unerheblich gewesen. Gleichzeitig ist in wichtigen Konsumländern eine

Schrumpfung des Weizenkonsums
im Rahmen des allgemein rückgängigen Cerealienverkehrs eingetreten, und zwar allein in den Ver. Staaten innerhalb der Zeitspanne von 1909/13 bis 1926/28 um 13,2 Prozent.

Inzwischen ist seit August 1930 die Sowjet-Union auf dem Weltmarkt als Exporteur wieder erschienen. Russland hatte im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 einen Ausfuhrüberschuss von etwa 4,5 Mill. t Weizen. Die ersten nennenswerten Sowjetverkäufe erfolgten im August 1930, nachdem die Weltweizenpreise bereits von Januar bis Juli 1930 von RM. 203 auf 157 gestürzt waren. Es ist daher völlig abwegig, die Baisse am Weltweizenmarkt allein auf den Russen zurückzuführen. Dass bei einer ohnedies gegebenen Überfüllung des Weltweizenmarktes die Preise durch zusätzliche Mengen nicht verbessert werden, bedarf keiner tiefgründigen Erläuterung, auch nicht der üblichen Sentenzen über sog. politisches Dumping der Russen. Die Russen haben zu dem jeweils erzielbaren Preis bestmöglichst viel Getreide abgestossen, wie sie benötigten, um damit ihre Importe an Industriewaren begleichen zu können. In Russland ist der Weizenanbau z. T. bereits auf amerikanische Anbaumethoden umgestellt worden. Nach Boden und Klima findet er einen sehr günstigen Standort. Es gibt auf der Welt nur zwei sog. Schwarzerdegebiete, deren eins erstreckt sich zwischen Kanada und USA, das andere viel grössere liegt im europäischen Russland. Dass in Russland Weizen mit Traktor und Mährescher bei der billigen Arbeitskraft oder, was das gleiche ist, bei dem niedrigen Standard of Living der sehr geschickten Russen auch absolut billiger erzeugt werden kann als in Kanada und USA, ist nicht zu bezweifeln. Man tut deshalb gut, damit zu rechnen, dass Russland ständige als Exporteur von Weizen am Markt sein wird, wenn auch in Anbetracht der Schwierigkeiten in der Mechanisierung des Ackerbaues vielleicht zeitweilig mit geringeren Mengen. Schliesslich wird die Stagnation der Bevölkerungszunahme in den wichtigsten zivilisierten Ländern die Diskrepanz zwischen Erzeugung und Verbrauch vergrössern, sofern die Anbaufläche weiter vergrössert wird.

Aus dieser Situation lässt sich ableiten:
1. Die Weizenpreise am Weltmarkt dürften auf lange Sicht verhältnismässig niedrig bleiben und ihren Stand von 1924 bis 1928 voraussichtlich nie wieder erreichen, wengleich mit Überwindung der Weltrohstoffbaisse auch auf dem Weizenmarkt eine gewisse Erholung eintreten dürfte.
2. Der Preiskampf dürfte dazu führen, dass die am teuersten produzierenden Erzeuger allmählich ausscheiden. Dieser Prozess wird sich als Krise der Weizenanbauer vorwiegend in den Exportländern kennzeichnen und den stärksten Antrieb zur weiteren Mechanisierung und Verbilligung des Weizenbaues abgeben.
3. Eine Entlastung des Marktes durch Einschränkung des Anbaues dürfte sich nicht in wesentlich höheren

Die Entwicklung kann allerdings auch einen anderen Verlauf nehmen. Sie hätte schon in den letzten Jahren erheblich anders verlaufen können, wenn sich der Weizenverzehr in den Gebieten des Fernen Ostens mit seinen Menschenmassen stärker hätte ausbreiten können. 440 Millionen Chinesen, 60 Millionen Malaien und 70 Millionen Japaner würden selbst bei minimaler Aufnahme oder Steigerung des Weizenkonsums eine zusätzliche Nachfrage bilden, die den Weltweizenmarkt erheblich entlasten könnte. Die Tora Chinas sind aber bisher für eine gesteigerte Weizenzufuhr durch den Zusammenbruch der Silberwährung und die ewigen Kriegswirren für erhebliche Weizenzufuhren, die eine, wenn auch nur geringe Erhöhung des Lebensstandards bedeutet, verschlossen.

Eine gewisse weitere Entlastung des Weizenmarktes dürfte sich, wenn der Tiefstand der Preise längere Zeit anhält, auch in der Weise einstellen, dass der Weizen als hochwertiges Futtermittel Verwendung findet und in Erdbeizenerzeugnisse umgesetzt wird. Weizen ist das idealste Körnerfutter zur Eierzeugung. Deshalb wird bereits ein nicht unerheblicher Teil von Weizen in Eier umgesetzt, woraus sich naturgemäss wiederum Rückwirkungen auf Getreide- und Maismarkt ergeben.

Roggen

Der trotz gegenteiliger Argumentation bestehende Weltmarkt für Roggen wird weiter im Zeichen niedriger Preise stehen, weil der Roggenanbau aus zahlreichen betriebswirtschaftlichen und pflanzenbautech-

nischen Gründen sehr stabil ist und sich selbst bei sehr niedrigen Preisen nur langsam von anderen Früchten verdrängen lassen wird. Die Weltproduktion ist nahezu gleich gross wie vor dem Kriege. Für den Preisniedergang ist ausschliesslich der Konsumrückgang massgebend. Der menschliche Verzehr von Roggen wird weiter rückgängig sein. Roggen fällt deshalb

Immer mehr in die Kategorie des Futtergetreides.
Versuche, den Roggenverzehr zu steigern, gehen naturgemäss zu Lasten des Weizenverzehrs. Da aber die Grundtendenz im Konsum vom Roggen weg zu Weizen hin geht, heisst es, den landwirtschaftlichen Anbau künstlich in rückständige Bahnen zwingen, wenn man den Roggen gewaltsam stützt. Der Roggenanbau wird sich, da er als extensivster Getreidebau dort hinpasst, immer mehr auf Osteuropa zurückziehen und dort ebenfalls immer mehr die Rolle des Futtergetreides mit übernehmen.

Die Weltproduktion betrug in Millionen t:

1909/13	1924	1925	1926	1927	1928	1929
ohne USSR	26,1	18,6	25,4	20,9	22,7	24,6
mit USSR	48,6	37,3	47,7	44,8	47,1	43,8

Die Weltmarktpreise für Roggen (Western II in Rotterdam) betragen:

1925/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30,8	30,9	30,10	30,11
188	212	221	199	140	106	89	78	72

Gerste, Hafer, Mais

Die Umstellung der Landwirtschaft von Spannvieh auf den Traktor wird den Hafermarkt immer mehr zurückdrängen. Die Ver. Staaten, in denen heute weit über 1 Million Traktoren laufen, haben, wie oben gesagt, nicht weniger als 7 Millionen Pferde und Maultiere ausgeschaltet und damit 20 Mill. acres in ihrer Nutzfläche frei bekommen. Auch in den anderen grossen überseeischen Getreideländern macht der Traktor grosse Fortschritte. In Russland ist unter dem Einfluss schlechter Erntejahre ebenfalls ein grosser Teil des Spannviehs ausgeschaltet worden. Er soll auch hier durch Traktoren ersetzt werden. Dass in anderen Ländern der Welt der Vormarsch des Traktors noch nicht richtig eingesetzt hat, besagt keineswegs, dass er dort nicht kommen wird. Die aussergewöhnlichen Fortschritte des Traktorbaus und, was viel wichtiger ist, der Bau geeigneter Traktorgereäte hat in den letzten Jahren so aussergewöhnliche Fortschritte gemacht, während gleichzeitig die Preise für Traktoren und Traktorarbeit sich ständig senkten, dass es nur eine Frage von Jahren ist, bis sich der Traktor allgemein durchsetzen wird.

Die Welterzeugung betrug:

Mill. t	1909/13	1924	1925	1926	1927	1928	1929	
Gerste	ohne USSR	29,9	26,7	30,6	29,1	30,4	35,3	35,7
mit USSR	39,7	30,5	36,7	34,5	34,9	40,7	43,0	
Hafer	ohne USSR	52,1	53,5	56,0	52,5	51,0	57,3	54,8
mit USSR	68,1	62,3	67,5	68,0	64,4	73,7	71,4	
Mais	ohne USSR	103,2	95,5	114,1	110,0	107,3	104,8	108,6
mit USSR	104,8	97,8	118,6	113,4	110,8	108,2	112,8	

Der Weltmarkt für Gerste, Hafer und Mais zeigte folgendes Bild (exportierte Mengen in Mill. t):

1909/13	1924	1925	1926	1927	1928	1929	
Gerste	4,8	1,8	2,3	2,8	2,8	3,0	2,9
Hafer	2,4	1,5	1,6	1,2	1,1	0,8	0,8
Mais	5,0	6,0	4,9	6,7	10,7	8,0	6,7

Der Gerstenanbau profitiert in gleicher Weise wie der Weizenbau von der neuen Methode, mit Traktor und Mährescher zu säen und zu ernten. Der Gerstenanbau ist seit langem in Gestalt des Trockenfarmens in die semiariden Zonen vorgeückt und hat in Kanada und USA eine starke Ausdehnung erfahren, während der Mais als Hackfrucht noch vorwiegend mit Spannvieh bearbeitet wird. Der Maisbau wird in den Donauländern und Südosteuropa ein immer stärkeres Übergewicht erhalten. Der Welthandel mit Gerste bleibt trotz höherer Welterte als vor dem Kriege unter Vorkriegsniveau, weil die Sowjetunion noch wenig ausführt und Deutschland viel weniger kauft. Bei Hafer ist der Welthandel, der vor dem Kriege 2,4 Mill. t betrug, weit unter 1 Mill. t gesunken. England, Frankreich und die Schweiz bleiben die Hauptkäufer. Bei Gerste und Mais haben wir ebenfalls auf längere Sicht mit niedrigen Preisen zu rechnen. Trifft diese Prognose zu, so ergibt sich zwangsläufig, dass in den Futtergetreide produzierenden Ländern die Neigung, den billigen Rohstoff selbst in tierische Produkte umzusetzen, steigen muss. Deshalb wird in einem Abstände von einigen Jahren die Senkung der Preise für tierische Produkte derjenigen der Rohstoffe folgen. Diese Entwicklung bahnt sich bereits an. Senken sich die Preise für tierische Produkte aber stark, so muss daraus wiederum ein vermehrter Druck auf die Futtermittelpreise hervorgehen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass im gesamten Futtergetreidegeschäft durch Abmagerungen der europäischen Uberschussländer mit den Bedarfsländern infolge einer Aenderung eintritt, als durch derartige handelspolitische Bindungen die Konkurrenz überseeischer Erzeuger ausgeschaltet würde. Aber selbst wenn diese Schaffung eines europäischen „Weltmarktes“ einträte, würde sich voraussichtlich an der Baisse der Futtergetreidepreise wenig ändern.

Deutschlands Getreidevorräte

Die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat veröffentlicht die Vorräte und die zum Verkauf verfügbaren Mengen vom 15. Januar 1931. Die Erhebung der Vorräte brachte im Reich folgendes Ergebnis: Winterweizen 33,5 Prozent gegenüber 39,5 am 15. Januar 1930, Sommerweizen 61,1 (65,7), Winterroggen 46,3 (48,1), Wintergerste 21,6 (34,1), Sommergerste 33,3 (48,7), Hafer 64,0 (64,1), Kartoffeln 49,1 (50,6). Zum Verkauf waren in Prozent der gesamten Ernte an gleichen Tage verfügbar bei Winterweizen 26,2 (31,9), Sommerweizen 47,1 (51,8), Winterroggen 22,9 (26,9), Wintergerste 2,4 (7,5), Sommergerste 17,7 (30,3), Hafer 17,0 (24,0), Kartoffeln 14,5 (14,5).

Die Durchführung des Chadbourne-Planes

Am 7. Februar wurde in Haag die Vereinigung von Java Suiker Ondernemers ter Outoering der Uitvoerers by International Contract „Vilico“ durch die grosse Mehrheit der Java-Pflanzer, jedoch ohne Zutritt der oppositionellen Niederländisch Indische Landbouw Maatschappij gegründet. Es wurde mitgeteilt, dass die Regierung bisher ihren Standpunkt in Angelegenheit der Regelung der Zuckerausfuhr noch nicht festgelegt habe, dass jedoch die Gründung des Vereins nötig war, damit die Pflanzer seinerzeit zu den Verhandlungen mit der Regierung und mit den ausländischen Produzenten gerüstet seien. Neuen Schätzungen nach, die von dem hervorragenden Fachmann Gustav Mikusch aufgestellt wurden, beträgt die letztjährige Welt-Zuckererzeugung 29 603 000 t gegen 28 500 000 t im Jahre 1929. Nach dieser Schätzung ist also die Welt-Zuckerproduktion um 1 103 000 t grösser als im Vorjahr. Die europäische Zuckerproduktion schätzt Dr. Mikusch auf 10 555 000 t gegen 8 233 000 t im Vorjahr. Während sich die Rohrzuckerproduktion in der Kampagne 1930/31

um 1 550 000 t verringerte, zeigte sich in der Rübenzucker-Weltproduktion ein Zuwachs um 2 461 000 t, wovon der grösste Teil auf die europäischen Länder und Nordamerika entfällt.

Neue Standards an der Posener Getreidebörse

Der Rat der Posener Getreidebörse hat in seiner Sitzung vom 6. Februar beschlossen, dass:

1. vom 9. Februar ab neue Standards gelten, und zwar:
 - a) Roggen 692,5 gr (117,9 f. w. h.),
 - b) Weizen 735,5 gr (124,8 f. w. h.),
 - c) Mählergerste 667,0 gr (113,1 f. w. h.),
 - d) Hafer 464,5 gr (77,5 f. w. h.);
2. als Ware durchschnittlicher Qualität der letzten Ernte, Ware betrachtet wird, die beim Roggen, Weizen und Hafer bis zu 3 Prozent Flechte einschliesslich, bei Mählergerste bis zu 2 Prozent einschliesslich enthält

Märkte

Getreidepreise im In- und Auslande
Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidearten in der Zeit vom 2. Februar 1931 bis 8. Februar 1931 nach Berechnung des Getreide-Warenbüros in Warschau. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Zloty.

	Inlandsmärkte			
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschau	21,50	18,17	25,33	20,50
Krakau	22,25	16,50	26,50	20,87
Lemberg	19,87	15,50	—	19,50
Posen	19,57	16,64	26,00	18,70
Lublin	20,42	15,91	18,75	16,50

	Auslandsmärkte			
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Berlin	56,61	33,12	44,21	30,00
Hamburg	26,02	—	14,22	12,96
Prag	38,48	26,66	40,00	31,81
Brimm	36,56	27,19	39,73	31,56
Danzig	22,85	18,47	23,15	20,78
Wien	27,93	23,50	36,25	25,75
Liverpool	22,85	—	—	19,40
New York	—	14,24	—	—
Chicago	25,72	13,35	30,28	20,30
Buenos Aires	20,96	—	—	12,78

Getreide, Warschau, 10. Februar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Waggou Warschau, festgesetzt: Roggen 17,50 bis 18,50, Weizen 21—22, Einheitshafer 20—23, Grützgerste 18—19, Braugerste 24,50—25,50, Weizenluxusmehl 47—57, Weizenmehl 4/0 37—47, Roggenmehl nach Vorschritt 23—34, mittlere Weizenkleie 13—13, Roggenkleie 11—12, Leinkuchen 28—29, Rapskuchen 18—19, Feld-Speiseerbsen 25—28, Viktorienerbse 30—34, Rotklee 250—350, Weissklee 270—350, Wicken 30—32, Seradella 55—65, Pelusken 34—36, Geringes Angebot für Roggen bei schwachem Marktverlauf.

Krakau, 10. Februar. Börsenpreise für 100 kg in Zloty, Parität Krakau. Roter Ostweizen 23,30—34, kleinpolnischer Ostweizen 22,50—23, weisser Standard-Weizen 21,50—22,50, Krakauer Weizenmehl 65% 38—39, Kongresser Grießmehl 43—44, 4/0 37—38, Posener Roggentypmehl 30,50—31, Krakauer Roggentypmehl 29,50—30. Tendenz: ruhig bei geringer Zufuhr.

Getreide, Lemberg, 11. Februar. Börsenbericht. Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Lemberg: Ostweizen 21—21,50, Sammelweizen 19,50—20, Einheitsroggen 16—16,25, Sammelroggen 15,25—15,75, Industrieerster 15,25—15,75, Hafer 19—19,50. Marktpreise, Parität Podwoloczyska: Ostweizen 19,50—20, Sammelweizen 18—18,50, Einheitsroggen 13,50—13,75, Sammelroggen 13—13,25, Einheitsgerste 16,75—17,25, Industrieerster 14—14,50, Hafer 16,50—17, schwarze Wicken 22,50—23,50, graue 20,75—20,75, Buchweizen 25—26. Infolge der geringen Zufuhr sind die Preise des Brotgetreides, Gerste und Hafer gestiegen. Buchweizen zog leicht an, dagegen sind Wicken billiger geworden. Tendenz: uneinheitlich, bei ruhigem Marktverlauf.

Produktenbericht, Berlin, 11. Februar. Ruhig, aber wieder fester. An den Grundlagen des Produktmarktes hat sich kaum etwas verändert, und die Tendenz war weiterhin ziemlich fest. Die bessere Nachfrage für Weizen- und Roggenmehl hat sich erhalten, allerdings lassen die Abschlüsse teilweise zu wünschen übrig, da die Mühlen einerseits Schwierigkeiten bei der Eindeckung des Rohmaterials haben, und andererseits bei der Auswahl der Käufer recht vorsichtig verfahren. Das Inlandsangebot von Brotgetreide bleibt knapp; die um 1,50 bis 2 Mark erhöhten Offerten waren allerdings nicht durchzuholen, und das Preisniveau im Promptgeschäft lag etwa 1 Mark über dem gestrigen.

Am Lieferungsmarkt setzte Weizen I bis 2,50 Mark höher ein, wobei in Juliweizen verschiedene Mietungskäufe erfolgten. Roggen war lediglich gut behauptet. Weizen- und Roggenmehl waren in den Forderungen um 50 bzw. 25 Pfg. erhöht, das Geschäft gestaltete sich etwas freundlicher. Hafer liegt bei mässigem Angebot stetig; Nachfrage besteht für gute Qualitäten, jedoch sind erhöhte Offerten schwer durchzuholen. Industrieerster findet zu stetigen Preisen vereinzelt Unterkunft.

Berlin, 11. Februar. Getreide und Oelisaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark: Weizen, märk. 268—270, Roggen, märk. 157 bis 158,50, Braugerste 204—213, Futter- und Industrieerster 190—204, Hafer, märk., pomm. 139—147, Weizenmehl 31—37,75, Roggenmehl 23,50—26,50, Weizenkleie 11—12,50, Roggenkleie 9,50—10, Kleine Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 19—21, Pelusken 22 bis 24,50, Ackerbohnen 17—19, Wicken 18—21, blaue Lupinen 13,50—15,50, gelbe Lupinen 21—24, Seradella, neue 54—59, Rapskuchen 9—9,75, Leinkuchen 18,50 bis 16, Trockenschnitzel 6,50—6,80, Soja-Schrot 13,50 bis 14. Handelsrechtliches Lieferungs-geschäft: Weizen: März 282,50—282,75, Mai 290—289,50, Juli 295,50—294; Roggen: März 176,25, Mai 184,25—184 Brief, Juli 185,50—185,25; Hafer: März 155,50 und Brief, Mai 163 und Brief, Juli 170 bis 169.

Vieh und Fleisch, Berlin, 10. Februar. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: Rinder 1236, darunter Ochsen 245, Bullen 309, Kühe und Färsen 682, Kalber 2625, Schafe 2611, ohne Kommission 614, Schweine 12 197. Zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2392. Auslandsschweine 718. Für 1 Zentner Lebendgewicht in Rm. Rinder: Ochsen: vollfleischige, ausgem., höchsten Schlachtwerts, jüngere 52—53, sonstige vollfleischige jüngere 49—51, fleischige 45—47, geringe 40—44; Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 47—50, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 45—46, fleischige 43—44, geringe 41—42; Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 36—40, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 28—35, fleischige 25—27, geringe 21—24; Färsen (Kalbinnen): vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts 46—49, vollfleischige 40—45, fleischige 37—39; Fresser: mässig genährtes Jungvieh 36—43. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 55—62, mittlere Mast- und Saugkälber 49—57, geringe Kälber 38 bis 45. Schafe: jüngere Maststämme 2, Stallmast 56—60, mittlere Maststämme, ältere Maststämme und gut genährte Schafe 1, 52—55, 2, 38—42, fleischige Schafvieh 42—50, geringe genährtes Schafvieh 33—37. Schweine: Fetteschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht 55, vollfleischige Schweine von ca. 240 bis

Märkte.

Getreide. Posen, 12. Februar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznan

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Roggen 15 to, Weizen) and Price (e.g., 17.45, 19.00-19.75)

Gesamttenz: ruhig. Transaktionen zu anderen bedingungen: Roggen 45 to, Weizen 155 to, Gerste 6 1/2 to, Hafer 30 to.

Danzig, 11. Februar. Letzte amtliche Notierung für 100 kg Weizen, 130 Pfd 13.50, Weizen, 128 Pfd 13-13.25, Roggen, neu 10.50, Roggen, alt 10.85, Braugerste, feinste 12.75-14, Futtergerste 11.50-12.25, Hafer, alter, teurer 11.25-12.50, Viktoriaerbsen 14 bis 16, Roggenkleie 8.50, Weizenkleie, grobe 10-10.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 14, Roggen 54, Gerste 17, Hülsenfrüchte 4, Kleie und Delkuchen 1, Saaten 3.

Vieh und Fleisch. Warschau, 11. Februar. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.35-1.65 zl. Aufgetrieben wurden 1412 Stück. Tendenz: behauptet.

Zucker. Magdeburg, 11. Februar. Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliesslich Sack: Februar 6.30 Brief, 6.15 Geld, März 6.40 bzw. 6.30, April 6.50 bzw. 6.40, Mai 6.60 bzw. 6.55, August 7.15 bzw. 6.95, Oktober 7.25 bzw. 7.15, Dezember 7.40 bzw. 7.30. Tendenz: stetig.

Danziger Börse

Danzig, 11. Februar. Reichsmarknoten 122.40, Zlotynoten 57.70%, London 25.01%, Dollarnoten 5.14%. Am Devisenmarkt war das Pfund heute mit 25.01% für Scheck London notiert. Reichsmarknoten 122.40, Auszahlung Berlin 122.42. Dollarnoten 5.1399-1501, Zlotynoten 57.65-76, Auszahlung Warschau 57.64-75.

Warschauer Börse

Warschau, 11. Februar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.915, Goldrubel 4.715, Tscherwonetz 3.54 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.74, Berlin 212.19, Budapest 155.78, Bukarest 5.31, Danzig 173.35, Helsingfors 22.45 1/2, Spanien 89.20, Kairo 44.49 1/2, Kopenhagen 238.80, Oslo 238.82, Riga 171.70, Sofia 6.47, Stockholm 239.08, Tallinn 237.60, Montreal 8.915.

Fest verzinsliche Werte

Table with 2 columns: Instrument (e.g., 5 1/2% Doll.-Prämien-Anleihe) and Price (e.g., 111.2, 10.2)

Industriest Aktien

Table with 4 columns: Company Name, Price 11.2, Price 10.2, Price 11.2, Price 10.2

Tendenz: fest.

Amtliche Devisenkurse

Table with 4 columns: City (e.g., Amsterdam, Danzig), Gold, Brief, Gold, Brief

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Posener Börse

(Schlusskurse) Fest verzinsliche Werte

Table with 2 columns: Instrument (e.g., 8 1/2% staatliche Goldanleihe) and Price (e.g., 12.2, 11.2)

Tendenz: ruhig.

Industriest Aktien

Table with 4 columns: Company Name, Price 12.2, Price 11.2, Price 12.2, Price 11.2

Tendenz: ruhig.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild, Berlin, 12. Februar. (R.) Die unsichere innerpolitische Situation führte zu Beginn der heutigen Börse nach einem zurückhaltenden aber nicht unfreundlichen Vormittagsverkehr zu erneutem Angebot, das aber nicht als dringend zu bezeichnen war.

Industriest Aktien

Table with 4 columns: Company Name, Price 12.2, Price 11.2, Price 12.2, Price 11.2

Tendenz: schwächer.

Terminpapiere

Table with 4 columns: Instrument (e.g., Dt. R.-Bahn), Price 12.2, Price 11.2, Price 12.2, Price 11.2

Absl.-Schuld ohne Auslösungsrecht

Amtliche Devisenkurse

Table with 4 columns: City (e.g., Buenos Aires), Gold, Brief, Gold, Brief

Ostdevisen, Berlin, 11. Februar. Auszahlung Posen 47.00-47.20 (100 Rm. = 211.86-212.77), Auszahlung Warschau 47.00-47.20, Auszahlung Kattowitz 47.00-47.20, grosse polnische Noten 46.875-47.275.

Oftowo

gr. Holzverfeinerung. Am Sonnabend, 14. Februar, verfertigt die Fürstl. Oberförsterei Bau- und Brennholz aus dem Forste Bazantania. Die Verfeinerung beginnt früh um 9 Uhr und findet im Gasthause Janiak in Groß-Gorzyce statt.

Kempen

gr. Kohlendiebe. Der Polizei gelang es, auf dem hiesigen Bahnhofe sowie auf dem Bahnhofe in Hanulin 13 Personen beim Diebstahl von Kohlen festzunehmen. Die Diebe wurden dem Gericht zur Verurteilung übergeben.

Bralin

Keilerei. Am letzten Sonntag veranstalteten mehrere Vereine in Bralin ein gemeinsames Vergnügen. Zunächst ging alles sehr gut. Die Gäste wurden durch Gefangenlagen und Vorfahrungen unterhalten.

Wongrowitz

ic. Einbruchsdiebstahl. In einer der letzten Nächte wurde in das Geschäft des Kaufmanns Szczurajski in der Poststraße ein Einbruchsdiebstahl verübt. Bisher unbekannte Diebe drangen in das Schnittwarenlager ein.

Kolmar

Die unerwartete Anielia Strzypkówna erwarb ihr neugeborenes Kind. Die Frau wurde der Staatsanwaltschaft des Landgerichtes in Posen übergeben.

Bromberg

az. Karneval in Bromberg. Wenn auch der Fasching in diesem Jahre noch trüber ausfällt als im Vorjahre, so liegt es doch in der menschlichen Natur begründet, wenigstens an einem Tage oder besser in einer Nacht von den wirtschaftlichen Kötzen vergessen zu wollen.

bedachte auch die hiesige Kasino-Gesellschaft, die ihren Mitgliedern auch in diesem Jahr, und zwar am Sonnabend, dem 7. d. Mts., den traditionellen Faschnachtsball veranstaltete. Daß die Mitglieder der Kasino-Gesellschaft dabei nicht die Not unserer Bevölkerung vergessen haben, geht aus dem Umstand hervor, daß ein Teil des Festertrages, gemäß dem Auktui des Stadtpräsidenten, für die Arbeitslosen bestimmt war.

Mus Pommerellen

ic. Einbrecher durch Radio verurteilt. Ein fast komisch anmutender Fall ereignete sich hier am Sonnabend, dem 7. d. Mts. Der in der Viktoriastraße (Köl. Jadwigi) wohnhafte W. Ryglowski begab sich abends zu einem Vergnügen, vergaß aber, vorher seinen Radioapparat abzustellen.

Dirschau

a. Tragischer Tod. An der Freistaatsgrenze bei der polnischen Grenzstelle Kolietken, auf dem Wege von Gdingen, hat sich der Rechtsanwalt und Notar Berner am 10. 2. um 15 1/2 Uhr erschossen. Ueber die Gründe zu dieser Tat schweben verschiedene Gerüchte.

Posener Kalender

Posener Kalender content including: Wohin gehen wir heute? Theater: Teatr Wielki, Teatr Polski, Rewue-Theater; Kinos: Apollo, Casino, Colosseum; Wetterkalender; Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen.

Wetterkalender der Posener Wetterwarte für Donnerstag, 12. Februar. Heute früh: Temperatur der Luft -1 Grad. Südostwinde. Barometer 746. Heiter. Gestern: Höchste Temperatur + 3, niedrigste -1 Grad Cels.

Die Lage der Finanzen
Oberst Matuzewski erklart

Die wirtschaftliche Krise

Der Leiter des Finanzministeriums, Oberst Matuzewski, hat im Sejm eine recht bemerkenswerte Rede gehalten. Nachdem er zunächst festgestellt hatte, dass er die Ansicht von der Möglichkeit des Bestehens eines universellen Programms nicht teilen könne, ging er zur Besprechung des Haushaltsgleichgewichts über, die er als schwierigste Aufgabe der Weltmächte hinstellte.

Im nächsten Haushaltsjahre sei die Summe der vorgehenden Ausgaben dank der Zusammenarbeit zwischen Sejm und Regierung um 84 Millionen niedriger als für das Jahr 1930/31. Der Minister meint, dass gewisse Ersparnisse bei Durchführung des Budgets erzielt werden könnten.

Die Einkünfte des Staatsfiskus, deren Rückgang die Presse der Nationaldemokratie mit solcher Begeisterung bespreche, würde nicht nur infolge der Wirtschaftslage zurückgegangen, sondern auch infolge der Erleichterungen, die von der Regierung bewirkt worden seien.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Minister auf die Pläne für die Erhöhung der Einnahmen zu sprechen und machte hierzu u. a. folgende interessante Feststellungen:

Erst ist die Meinung, dass sich infolge der Krise die Lage aller verschlechtert hätte. In großen Umfassen muß festgestellt werden, daß die landwirtschaftlichen Schichten unvergleichlich mehr gelitten haben als die Allgemeinheit der Bevölkerung.

Der Minister machte dann die unerwartete Mitteilung, daß man entschlossen sei, das Gesetz über die Eintreibung der 10prozentigen Steuerzuschläge auf diejenigen Personen auszuweiten, die Dienstgehälter beziehen, was 9 Millionen jährlich bringen soll.

tionsgesetz novelliert werden, was etwa zwanzig Millionen Einnahme bzw. Ersparnis zeitigen werde. Dann beabsichtigt der Minister bekanntlich, die Stempelgebühr für Spiellarten zu erhöhen, wodurch man eine Mehreinnahme von 1/2 Millionen zu erzielen gedenkt.

Andere Entwürfe, die noch erörtert werden und wie die vorher erwähnten nicht die landwirtschaftliche Bevölkerung betreffen, bewegen sich um eine Gesamtsumme von etwa 20 Millionen Zloty.

Der Minister meint, daß sich keine recht beachtliche Verwirklichung des Budgets erzielen lasse:

1. ohne eine grundlegende Herabsetzung der Beamtenegehälter,

2. ohne einen grundsätzlichen Umbau der Gesetzgebung,

3. ohne die Aufhebung empfindlicher Lasten auf irgendeine Bevölkerungsklasse.

Auf die Frage, ob dies genügen werde, gibt der Minister sich selbst folgende Antwort:

„Es geht nicht an, heute eine endgültige Antwort auf diese Frage zu geben. Ebenjot könnte man die Einkünfte des Fiskus im nächsten Haushaltsjahre auf 2 900 od. 2 600 Million. einschätzen. Wir können das nicht wissen. Das Budget Polens stützt sich nur zu zwei Dritteln auf Einkünfte aus Steuern und Abgaben und Verwaltungseinnahmen. Etwa ein Drittel der Einnahmen, das sind Einkünfte aus den Monopolen, aus Eisenbahn, Post und Forstwirtschaft. Während sich die Steuereinnahmen ziemlich genau einschätzen lassen, sind die Einnahmen aus den vorhin erwähnten Unternehmen und Monopolen so weit von der künftigen Konjunktur abhängig, daß Schwankungen zwischen 15 Prozent über oder unter den heutigen Berechnungen nicht als unmöglich zu betrachten sind. Man muß auch bedenken, daß 15 Prozent von einer Milliarde 150 Millionen sind.“

Zu der Frage, weshalb eine Herabsetzung der Gehälter nur im äußersten Falle angewandt werden sollte, erklärte der Minister folgendes:

Eine beträchtliche Herabsetzung der Beamten-

gehälter, so wie sie z. B. von den Bauernpartei vorgeschlagen wird, könnte nicht ohne Einfluß bleiben auf eine allgemeine Gestaltung des Lohnkoeffizienten. Schon heute hält die Industrie mit großer Mühe dem Ansturm der Schwierigkeiten stand, ohne daß sie versucht, dort Erleichterung zu suchen, wo sie eine Erleichterung am leichtesten finden könnte, nämlich in den Löhnen. Das müssen wir mit Befriedigung feststellen. Eine allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter hätte nämlich bei der gegenwärtigen Lage vor allen Dingen ein weiteres Zusammenschrumpfen des Verbrauchermarktes zur Folge. Es ist klar, daß eine radikale und allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter eine sehr tiefgehende Veränderung in der Verteilung des Volkseinkommens wäre. Zugleich wäre sie gleichsam ein Versuch, die gesamte Wirtschaft dem niedrigen Niveau der Landwirtschaftspreise anzupassen, also in gewissem Sinne ein Ausdruck des Unglaubens, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte in nicht allzu langer Zeit wieder das Niveau der Rentierbarkeit erreichen könnten. Meines Erachtens ist ein so radikaler Schritt verfrüht. Es ist keineswegs sicher, ob sich die Landwirtschaftspreise nicht heben werden. Europa bildet ohne Rußland in agrarischer Hinsicht kein selbstgenügendes Ganzes. Das russische Dumping bezüglich der landwirtschaftlichen Produkte ist nicht nur von dem Fünfjahrespläne, sondern immerhin auch von der Witterung abhängig, die die Vorsehung der Welt wird geben wollen. Die Abnahme der Intensität in der Bestellung des Ackers ist infolge der zwei Jahre mit niedrigem Preispegel eine ziemlich allgemeine Erscheinung. In der nächsten Zukunft ist aber, eine Besserung in Polen von einer Mißernte zu erwarten.

Wenn die Rentierbarkeit der Agrarproduktion nach der Herabsetzung der Gehälter und Löhne durch eine doch nicht von uns abhängige Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte wiederhergestellt werden sollte, dann würden wir vor der Notwendigkeit stehen, den Rückweg einzuschlagen. Dieser Weg, der sich in der allgemeinen Tendenz der Arbeitswelt nach Erhöhung der Löhne und Gehälter ausdrückt, ist stets ein schwerer Weg, voller Reibungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verbunden mit Nachteilen für die einen wie für die anderen, und für die gesamte Volkswirtschaft.

Deshalb sollte man mit einer Kürzung der Beamtenegehälter um die 15%igen Zuschläge so lange wie möglich warten.

Aus der Republik Polen

Die Arbeitslosigkeit in Pommerellen

Die Arbeitslosigkeit, die bisher in so ausgesprochen agrarischen Landesteilen wie Pommerellen unbekannt war, hat in diesem Jahre ganz ungeahnte Ausmaße angenommen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug laut letzter Zählung 23 887. Man zählte in den einzelnen Städten an registrierten Arbeitslosen: in Graudenz 4850, in Thorn 2884, in Culm 1252, in Culmsee 1076, in Priesen 522, in Dirschau 418, in Neustadt 460, in Karthaus 470, in Staigard 438, in Neumark 452, in Schwetz 412, in Czest 394, in Berent 221, in Gollub 208, in Zempelburg 137, in Schönsee 147 und in Mewe 131. In Bromberg, das zwar nicht verwaltungstechnisch, aber faktisch zu Pommerellen gehört, wurden 6195 registrierte Arbeitslose gezählt.

Natürlich gibt es neben diesen registrierten Arbeitslosen eine große Zahl, die nicht von der Statistik erfasst wird. Von den registrierten Arbeitslosen erhält nur etwa der fünfte Teil Unterstützung. Die Unzufriedenheit ist naturgemäß groß, zumal von der sogenannten Westhilfe, die seinerzeit angefündigt wurde, nichts zu spüren ist.

Die Unterhaltung der Arbeitslosen und ihrer Familien ist fast vollständig den Stadtgemeinden und den Mitbürgern überlassen. Angeheure Summen verhängen diese Unterstützungsaktionen. In Bromberg, Thorn und Graudenz hat sich die bestehende und verbienende Bürgerchaft einer Selbstbesteuerung für die Zeit von Anfang Januar bis Ende April unterworfen. Die Steuer beläuft sich auf 1-4 Prozent. Angesichts der schweren allgemeinen Wirtschaftslage, unter der man zu leiden hat, ist diese Opferbereitschaft doppelt anerkennenswert.

Betrachtungen über Alkohol

Die „Gazeta Polska“, die an anderer Stelle der Alkoholprohibition das Wort redet, weist auf die schädlichen Folgen der Prohibition in Finnland hin. Von den vier skandinavischen Staaten gehe es in Dänemark, Schweden und Norwegen kein Verbot für den Verkauf und Genuß des Alkohols, während sich in Finnland, wo die Prohibition gilt, die Trunksucht miterstreckender Schnelligkeit ausbreite. Während in Dänemark im Jahre 1925 wegen Trunkenheit 8943 polizeiliche Kontrolle in Schweden 32 521, in Norwegen 38 442 und in Finnland 70 305 aufgeleht wurden, seien es im Jahre 1929 in Dänemark 7920, in Schweden 29 254, in Norwegen 38 281, in Finnland aber 101 500 gewesen. Auf zehntausende berechnet, wären die Ziffern noch auffallender. In Finnland steige die Trunksucht von Jahr zu Jahr, in den übrigen skandinavischen Ländern gehe sie zurück. Es sei noch zu bemerken, daß Finnland dank Einführung der Prohibition seine wichtige Fischereiindustrie eingebüßt habe, weil es sich den Fischern mehr lohnte, Alkohol zu schmuggeln. Amerika aber habe dank der Prohibition heute mehr als 500 000 Schmuggler, vermischte Grenzen zwischen Polizei und Verbrecher, abgeschwächte zwischen Richter und Verbrecher und eine unheilverkündende unterirdische Regierung, deren Tätigkeit sicherlich weit schädlicher sei als ein freier Handel mit Alkohol.

Sozialistischer Antrag

Die P.P.S. kündigt für die Freitagssitzung des Sejm einen Antrag an, in dem die Wahl einer außerordentlichen Untersuchungskommission für die Unteruchung der Affäre von Brest-Litowsk gefordert wird. Die Kommission soll sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die von den juristischen Fakultäten der Universitäten — je zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter — zu wählen sind und alle Berechtigungen eines Untersuchungsrichters ohne das Recht der Verhaftung haben.

Verurteilte Kommunisten

Konstantinopel, 12. Februar. (R.) In der früheren türkischen Hauptstadt Konstantinopel wurden zwölf junge türkische Kommunisten zu Gefängnisstrafen von einem bis zu 2 Jahren verurteilt. Die Verurteilten, unter denen sich auch mehrere Frauen befinden, wurden beschuldigt, an einer Verschwörung gegen die Republik teilgenommen zu haben. Die Gerichtsverhandlung, die mehrere Wochen dauerte, fand hinter verschlossenen Türen statt.

Scharfe Anordnungen

Buenos Aires, 12. Februar. (R.) Der argentinische Präsident Uriburu kündigte scharfe Maßnahmen gegen Revolutionäre an. In einem Erlass wird die Todesstrafe allen denen angedroht, die sich an einer Verschwörung gegen den Staat beteiligen. Gegen die Urheber von Streiks oder bewaffneten Angriffen sollen gleichfalls strenge Strafen verhängt werden.

Posener Tageblatt

Mit den Beilagen:

- Sonntag: Die Welt der Frau. — Kinderland.
Dienstag: Illustrierte Sportbeilage.
Mittwoch: Recht und Steuern.
Donnerstag: Unsere Heimat.
Freitag: Aus aller Welt.
Sonnabend: Der Kulturspiegel.

Dazu die täglich erscheinende Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“ und die vierzehntägig erscheinende illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“.

Vortrag eines Reichsbannervertreterers in Versailles

Paris, 12. Februar. (R.) In einer von der Liga für Menschenrechte, der Freimaurerloge, dem laizistischen Jugendverband und dem Verband der republikanischen ehemaligen Frontkämpfer veranstalteten Versammlung, die gestern abend in Versailles unter dem Vorsitz des Abgeordneten Chabrun stattfand, hielt das Mitglied des Reichsbanners, Dr. Espe, einen öffentlichen Vortrag, in welchem er über die schwierige wirtschaftliche Lage und die Not der Arbeitslosen in Deutschland berichtete. Der Redner protestierte auch gegen die Grenzziehungen der Nachkriegszeit. Er erklärte, nicht nur die Höhe der Reparationszahlungen, sondern auch ihre Dauer seien für das deutsche Volk untragbar. Während seines Vortrages verhielt eine Anzahl von Personen — nach einigen Blättern 200 —, die in Autobussen von Paris nach Versailles gekommen waren, in das Versammlungslokal einzudringen, um die Versammlung zu stören. Sie wurden jedoch durch die Polizei zerstreut.

6 Opfer politischer Zusammenstöße in Leipzig

Leipzig, 12. Februar. (R.) Zu schweren Zusammenstößen kam es gestern abend nach Schluß einer der drei nationalsozialistischen Kundgebungen zwischen Sozialisten und Nationalsozialisten. Als den Kommunisten in einer der Versammlungen das Wort verweigert wurde, entstand eine Schlägerei, bei der drei junge Leute schwere Kopfverletzungen davontrugen und dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Nach Wiederherstellung der Ruhe zogen die Nationalsozialisten in geschlossenem Zuge ab. Trotz des polizeilichen Schutzes wurden sie plötzlich beschossen. Zwei junge Leute wurden schwer verletzt und mußten ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Zustand des einen Verletzten ist sehr bedenklich. Etwa um die gleiche Zeit kam es vor einem nationalsozialistischen Parteiloal in der Kramerstraße gleichfalls zu einer Schlägerei zwischen extremen Parteianhängern, wobei eine Person schwer verletzt wurde.

Deutsches Reich
Umfangreiche Notstandsarbeiten in Sachsen

Berlin, 11. Februar. (R.) Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt mit: Anfrichts der starken Arbeitslosigkeit in Sachsen ist es von besonderer Bedeutung, daß im Wege der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge die Finanzierung einer umfangreichen Notstandsarbeit in Sachsen gelungen ist. Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung von Mittelsachsen. Als Träger der Notstandsarbeit wird eine besondere Aktiengesellschaft gegründet, in der der Freistaat und die Dresdener Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke-Aktiengesellschaft zusammengeschlossen sind. Die Gesamtkosten der Arbeiten, die sich auf zwei bis drei Jahre erstrecken werden, sollen mehr als 20 Millionen Mark betragen. An der Finanzierung beteiligt sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem verlorenen Zuschuß von 1 350 000 Mark, während die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Aktiengesellschaft und das Land Sachsen langfristige, geringverzinsliche Darlehen im Gesamtbetrag von über 3 Millionen Mark bewilligt haben. Die Zahl der Arbeitslosen-Tagewerte beträgt etwa 450 000.

Politische Schießerei

Berlin, 12. Februar. (R.) In der Uhlandstraße wurde letzte Nacht der 28jährige Chauffeur Weber bei einem politischen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten durch einen Brustschuß schwer verletzt, so daß er ins Altenbach-Krankenhaus geschafft werden mußte. Man vermutet, daß er der kommunistischen Partei angehört. Das Webersalkommando verhaftete vier Mitglieder der NSDAP. Auf der Straße wurden mehrere Patronenhülsen und in einem Gully eine Pistole gefunden.

Ein Todesopfer der Leipziger Zusammenstöße

Leipzig, 12. Februar. (R.) Ein bei der getrigen Schießerei durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzter 17jähriger Klempner ist noch in der Nacht seinen Verletzungen erlegen.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Fursch. Für Handel und Vertriebs: Erich Leventhal. Für die Zeitungsstadt und Band und den Briefkasten: Erich Jockisch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild“: Alexander Fursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf, Verlag „Posener Tageblatt“, Druck: Concordia Sp. Ake. Gedruckt in Polen, Brest-Litovsk 4.

Die letzten Telegramme

Die Bedeutung des Besuches Craigies in Paris

London, 12. Februar. (R.) Eine Reuters-Meldung aus Paris besagt: Die Londoner Nachricht, daß Craigies Pariser Besuch mit dem französischen Marineprogramm für 1931 im Zusammenhang stehe, wird in unterrichteten Pariser Kreisen als unrichtig bezeichnet. Der Besuch sei lediglich ein Glied in der Kette von Verhandlungen, die zwischen den Sachverständigen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens seit dem vorigen Sommer im Gange sind, und deshalb sollte diesem Besuch keine größere Bedeutung beigemessen werden als irgend welchen anderen Besuchsfäden der Verhandlungen.

Maßnahmen gegen die Sowjets

Ottawa, 12. Februar. (Reuters. R.) Gestern wurde amtlich bekanntgegeben, daß Kanada die Einfuhr russischer Kohle untersagen wird. Von nichtamtlicher Seite verlautet, daß der kanadische Premierminister Bennett mit seinem kürzlichen Besuch in Washington u. a. den Zweck verfolgte, ein gemeinsames Vorgehen der Ver-

einigten Staaten und Kanadas gegenüber der Gefährdung des Handels beider Länder durch die Sowjets zustande zu bringen. (Bekanntlich haben am 10. d. Mts. die Vereinigten Staaten die Einfuhr russischen Holzes verboten.)



Heinrich Heine 75 Jahre tot.

Am 13. Februar sind es 75 Jahre her, daß der Dichter Heinrich Heine nach langem Leiden in Paris gestorben ist.



Smyrna-Orient

Der unsterbliche Teppich!

Ein herrliches Erzeugnis einheimischer Knüpfkunst. — Er ist handgearbeitet aus edlem Material, hat durchgehende Musterung, echte Farben und ist konkurrenzlos im Preise. — Ein wertbeständiger, vornehmer Zimmerschmuck. — Der Quadratmeter enthält 40 bis 60 tausend Knoten.

Preis pro Quadratmeter von **100,— zł** an.

Kazimierz Kużaj

Teppich-Zentrale

ul. 27. Grudnia 9 — Telefon 3458.

Größtes Teppich-Spezialhaus in Poznań.

Gegründet 1896.



Fensterauslagen u. Innenausstellung schenswert!

Beschluß.

Am 30. April 1928 ist zu Hammer die Witwe **Ostlie Moritz**, geb. **Podrandt**, soweit bekannt preussische Staatsangehörige, verstorben. Sie ist am 1. September 1858 zu Kijkowo (Polen) als Tochter des **Eduard Podrandt** und dessen Ehefrau **Emilie Podrandt**, geb. **Leipoldt**, geboren worden.

Da ein Erbe des Nachlasses bisher nicht ermittelt ist, werden diejenigen, welchen Erbrechte an dem Nachlass zustehen, aufgefordert, diese Rechte bis zum **3. Juli 1931 bei dem unterzeichneten Gericht zur Anmeldung zu bringen**, widrigenfalls die Feststellung erfolgen wird, daß ein anderer Erbe als der Preussische Staat nicht vorhanden ist. Der reine Nachlass besteht aus einer Auswertungshypothek von 285 50 Goldmark, eingetragen im Grundbuche von Kollischen Band VII Blatt 282 Abt. III Nr. 6, deren zugrundeliegende Forderung darüberhinaus auf 666 Goldmark aufgewertet worden ist, und den aufgelaufenen Zinsen.

Zielenzig, den 19. Januar 1931.

Das Amtsgericht.

Wszystko ma swój czas!
ale w czas swój Korona!
Erhältlich in allen Filialen der Lebensmittelgrosshandlung „KORONA“

Walzenschrotmühle

Sagonia, 10 Hk. Stundenleistung, betriebsfertig, und **Bernard-Motor**

11 P.S., Type B-2, fahrbar, wie neu, nur kurze Zeit in Landwirtschaft von 120 Morgen zum Schrotten gebraucht, sind gegen Barzahlung sehr preiswert erhältlich. Anfragen zu richten an

Sandw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Margonin, Telefon 32.

650 Kubikmeter

Erlen- und Eichenlangholz gegen Kasse zu kaufen gesucht. Gefl. Ang. u. 642 a. d. Geschäftsstelle d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wirtschaft

zu kaufen gesucht (50—100 Morgen) evtl. Pachtung von 100—200 Morgen, von einem tüchtigen Landwirt. Bedingung guter Mittelboden. Offerten unter **650** an die Geschäftsstelle dieser Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Gesucht ein deutsch-evangelisches Fräulein (Fröblerin)

zu einem 5 jähr. Mädchen in Wilna. (In den Sommerferien wären auch auf dem Gute 2 Knaben von 6 u. 9 Jahren zu beaufsichtigen). Honorar nach Vereinbarung. Bewerbung zu richten an **Ch. Wöhler in Wilna, ul. Sadowa 8**.

Alter. beff. Mädchen sucht Stellung v. 1. 3. bezw. 15. 3. als

Alleinmädchen oder Wirtschaftlerin

für Gutshaushalt. Gefl. Off. bitte zu senden u. **668** an die Geschäftsstelle dieser Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Jung. beff. Mädchen, sehr kinderl., sucht v. sof. Stell. als **Haustochter** zu Kindern od. einz. Dame. Mit all. häusl. Arb. best. vertaut. Off. unt. „Haustochter“ a. d. Geschäftsst. d. Btg. Poznań, Zwierzyn. 6.

Bilanzsicherer Buchhalter gute Verkaufspraxis, zum Besuch der Stadtkundenschaft für hier gut eingeführt

Durchschreibe-Buchhaltung

von sofort gesucht. In Frage kommen nur intelligente, redigewandte Herren, die die polnische und deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

„Papierdruck“ **Aleje Marekowskiego 6**

Suche zum 1. März 1931 **Gutschmied** verheirateten

mit eigenem Handwerkszeug, der sämtliche Reparaturen an Dreschmaschinen, Ackergeräten usw. selbst ausführen kann und der auch Stellmacherarbeiten versteht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an

Baron von Lütowik, Karczewnik, pow. Chodzież (Telefon Chodzież 73).

CONCORDIA SP. AKC.

früher

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.

Tel.: 6105, 6275. Poznań, ul. Zwierzyniecka 6



Geschäfts- und Familien-Drucksachen in geschmackvoller Ausführung. Kartonnagen, Faltschachteln, Packungen aller Art. Druck von Büchern, Broschüren, Plakaten, Bildern, Werbe-Drucksachen in Buch-, Stein- und Offsetdruck.

BUCHBINDEREI

Sämtliche Formulare und sonstigen Drucksachen für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe.

Berkaufe mein Gut

in Schlesien, zwischen Oels un Kreuzburg, 380 Morg., durchweg Rüben- und Weizenboden. Volle Wirtschaft, gute Gebd., bei 60000 M. Anzahl. Off. erb. u. **541** a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Ber nimmt 6-jährigen Jungen in gute

Pflege? Offert. mit Preis u. **638** a. d. Geschäftsst. d. Btg. Poznań, Zwierzyniecka 6

Nerven-Sanatorium Dr. Curt Sprengel

(fr. San.-Rat **Rurort Obernigk** bei Breslau Dr. Kleudgen) Telefon 212 Obernigk

Kräftigungs- und Entziehungskuren (Morphium Alkohol usw.) Malariakuren, Psychoanalyse, Psychotherapie. Vornehme Familienpflege für chronisch u. ps. chisch Kranke Das ganze Jahr geöffnet

Eigene Milchkuranstalt.

Mäßige Preise.



Drahtgeflechte

4 und Sechsig

in Größen und Gefüge

Drähte in Stacheldrähte

Preisliste gratis

Alexander Maennel

Fabryka ogrodzeń drucianych

NOWY TOMYŚL 5 (Woj. Pozn.)

Soja

fast neu, sehr ogr. Apparat 10x15 billig zu verkaufen. Näh. Adresse unter **596** erteilt die Geschäftsst. d. Btg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Mädchen

mit guten Zeugnissen sucht von sof. Stellung. Off. u. **660** a. d. Geschäftsst. d. Btg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Suche Stellung

zum 1. März d. Jhs. als **Buchhalterin**. Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden. Offert. u. **1761** a. d. Geschäftsst. d. Btg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Achtung! Geld ohne Arbeit!

Wie das möglich ist, lesen Sie in dem heute beginnenden Roman der Münchner Illustrierten, die gleichzeitig die Ankündigung eines großen Preisausschreibens bringt, bei dem 17 große Seereisen — alle auf Schiffen des bekannten Norddeutschen Lloyd in Bremen — zu gewinnen sind. Die

Münchner Illustrierte

Ist überall — in Geschäften und im Straßenhandel — erhältlich! Wer sie nicht bekommt, schreibe an den **VERLAG KNORR & HIRTH G. M. B. H.**, Auslandsvertrieb, München, Sendlinger Straße 80

MEISSENER

ZWIEBELMUSTER-PORZELLAN

neu eingetroffen

F. PESCHKE, Poznań św. Marcin 21.